



31a V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG - HOLSTEIN

24. Jahrgang · Heft 5

Mai 1972

Grafik des Monats: Öffentliche Investitionen 1961 bis 1970

Aufsätze: Religionszugehörigkeit der Bevölkerung
Personalstruktur öffentlicher Dienst (Teil 2)
Nord-Ostsee-Kanal 1971
Einkünfte in freien Berufen

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

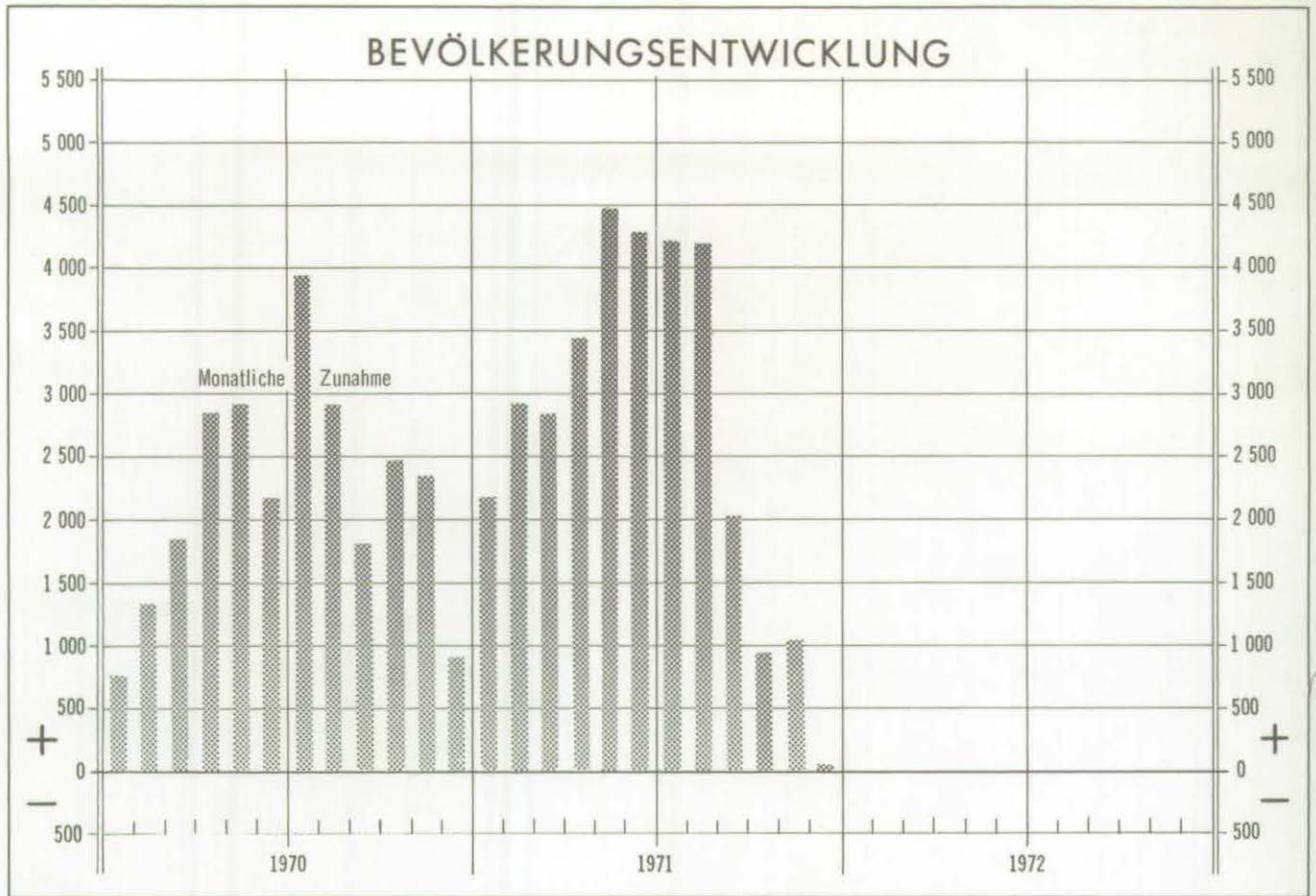
Kurzberichte: Wohngeld 1970
Kapitalgesellschaften

Beilage: Erweiterte Kreiszahlen

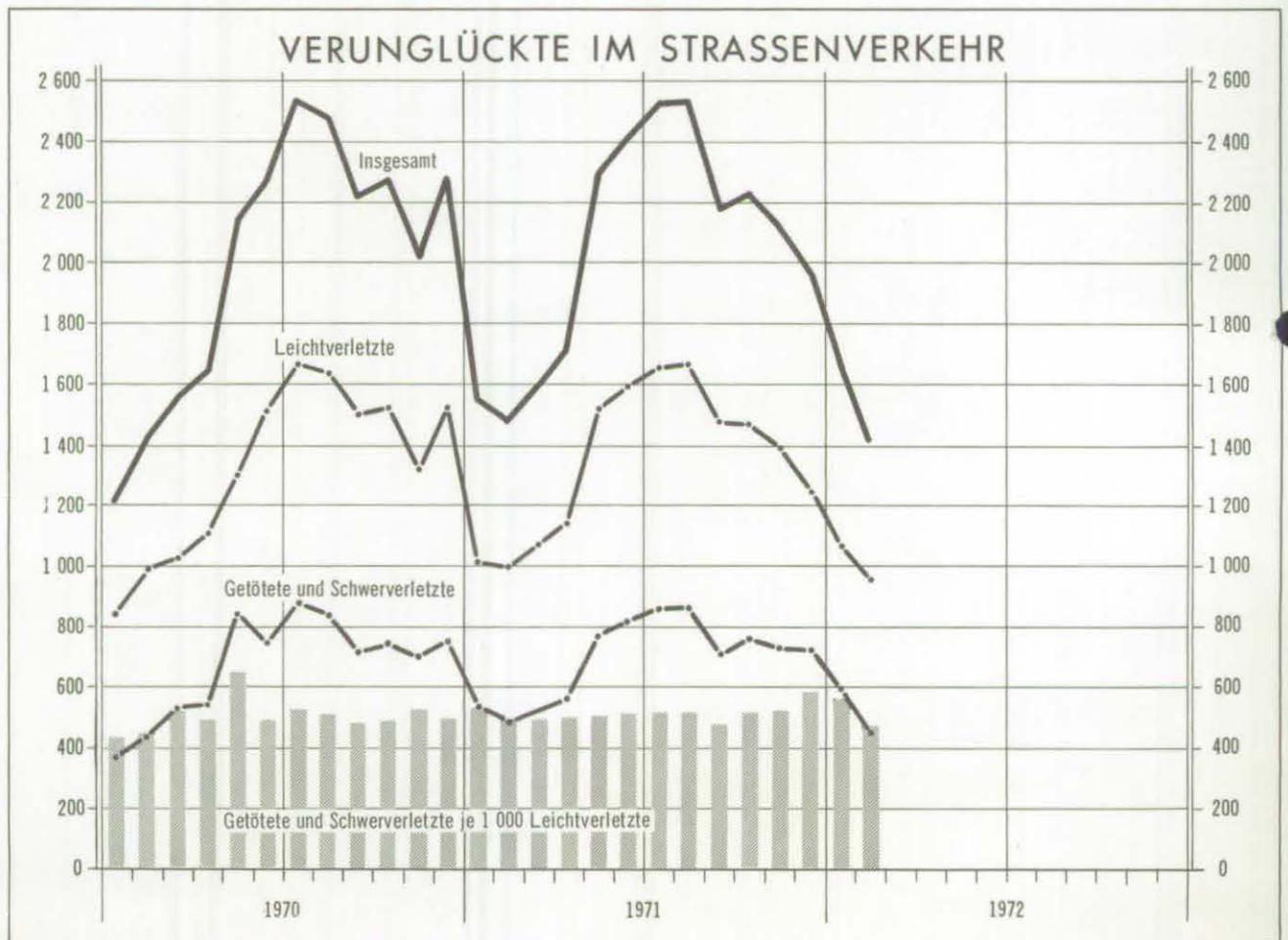


Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN



D - 4331



INHALT 5/72

	Seite
Aktuelle Auslese	93
Aus dem Inhalt	94
Aufsätze	
Die Religionszugehörigkeit der schleswig- holsteinischen Bevölkerung am 27.5.1970	95— 97
Personalstruktur im öffentlichen Dienst (Teil 2)	98—103
Die Verkehrsentwicklung auf dem Nord-Ostsee-Kanal im Jahre 1971	106—111
Die Einkünfte der freiberuflich Tätigen im Jahre 1968	111—114
Kurzberichte	
Wohngeld 1970	114—116
Umfangreiche Neugründungen und Kapitalerhöhungen bei Gesellschaften mbH im Jahre 1971	116
Grafik des Monats	104—105
Tabellenteil mit erweiterten Kreiszahlen	Beilage
Wirtschaftskurven A (allgemein)	3. Umschlagseite

Neu erschienen:

Statistisches Jahrbuch Schleswig-Holstein 1971
294 Seiten, Preis 18,— DM

neindestatistik Schleswig-Holstein 1970
Teil 4: Landwirtschaft, Heft 1
(Betriebsgrößenstruktur, Bodennutzung, Viehhaltung)
80 Seiten, Preis 5,10 DM

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 11/12-1971

Entwicklung Schleswig-Holsteins 1965—1970

Heft 1/1972

Landwirtschaftliche Betriebe 1960 und 1971

Wohnungsmieten

Altersaufbau der Bevölkerung

Essen außer Haus

Bevölkerungsvorausschätzung (Teil 2)

Heft 2/1972

Bevölkerungsentwicklung (Volkszählungen)

Wohnungen in Land und Bund

Langlebige Gebrauchsgüter in den Haushalten

Heft 3/1972

Umsätze 1970

Personalstruktur öffentlicher Dienst (Teil 1)

Gemüseanbau

Heft 4/1972

Volkszählung und Fortschreibung

Vermögen der Haushalte

Schichtung der Einkommensteuerpflichtigen



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

24. Jahrgang · Heft 5

Mai 1972

Aktuelle Auslese



16 800 Studenten im Hochschulbereich

Im Wintersemester 1971/72 gab es in Schleswig-Holstein rund 16 800 Studenten, darunter 800 (5 %) Ausländer. Gegenüber dem Sommersemester 1971 ist die Zahl der Studenten um rund 2 100 (+ 14 %) gestiegen. Von den Studenten besuchten rund 9 400 die Universität Kiel (einschl. Medizinische Akademie Lübeck), 2 800 eine Pädagogische Hochschule und 4 600 eine Fachhochschule.



Kräftiger Anstieg der Exporte

Aus Schleswig-Holstein wurden 1971 Waren im Wert von 2,576 Mrd. DM ausgeführt. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich der Ausfuhrwert um 411 Mill. DM oder 19 %. Auf Güter der Ernährungswirtschaft entfielen 351 Mill. DM. Die Ausfuhr von Gütern der gewerblichen Wirtschaft betrug 2,226 Mrd. DM. Maschinen waren auch 1971 wieder das wichtigste Exportgut. Der Ausfuhrwert dieser Warengruppe belief sich auf 654 Mill. DM. An zweiter Stelle mit einem Exporterlös in Höhe von 453 Mill. DM folgten Wasserfahrzeuge.

In die EWG-Länder wurden 1971 Waren im Wert von 785 Mill. DM ausgeführt. Die Ausfuhr in die EFTA-Länder betrug 703 Mill. DM. Damit war die Ausfuhr in die EWG zum ersten Mal höher als die Ausfuhr in die EFTA.



Gemüseanbau voraussichtlich eingeschränkt

Nach den Ergebnissen der Erhebung über die Anbauabsichten im Verkaufsgemüsebau am 20. März 1972, die erfahrungsgemäß noch unsicher sind, ist mit einem weiteren Rückgang des schleswig-holsteinischen Gemüseanbaus zu rechnen.

Die Kopfkohlfläche, die im Vorjahr 3 500 ha umfaßte, wird voraussichtlich auf etwa 3 000 ha zurückgehen. Die Frischerbisenfläche wird mit voraussichtlich gut 800 ha um reichlich ein Drittel kleiner geplant als 1971. Auch Buschbohnen

und Speisemöhren werden mit voraussichtlich 850 ha bzw. 500 ha erheblich weniger angebaut als im Vorjahr. Lediglich bei einigen frühen Gemüsearten, bei Blumenkohl und bei Erdbeeren, sind Zunahmen zu erwarten.



Rückgang der Eheschließungs-, der Geburten- und der Sterbehäufigkeit

Im Jahre 1971 gingen in Schleswig-Holstein 17 678 Paare die Ehe ein, 33 523 Kinder kamen lebend zur Welt, und 31 951 Einwohner sind gestorben. Alle drei Werte liegen niedriger als 1970. Der Geburtenüberschuß hatte 1970 noch eine Höhe von 2 181 Personen; 1971 waren es nur noch 1 572. Die Geburtenziffer – Lebendgeborene je 1 000 Einwohner – sank von 14,1 im Jahre 1970 auf 13,3 im Jahre 1971 und die Sterbeziffer – Gestorbene je 1 000 Einwohner – von 13,2 auf 12,6. Damit verringerte sich der Geburtenüberschuß in diesem Zeitraum von 0,9 auf 0,6 je 1 000 Einwohner. Die Zahl der Eheschließungen ist von 7,5 auf 7,0 je 1 000 Einwohner zurückgegangen.



Zahl der gerichtlichen Ehelösungen steigt weiter an

Die Zahl der gerichtlichen Ehelösungen steigt weiter an. 1970 wurden 3 513 Ehen geschieden, 2 aufgehoben und 4 für nichtig erklärt. Im gleichen Jahr wurden 18 591 Ehen geschlossen. Auf 5 neue Ehen kam also eine Ehescheidung.

Am häufigsten werden die Ehen in jungen Ehejahren geschieden. Die Scheidungszahlen erreichen ihren Gipfel im dritten Ehejahr und nehmen dann ab. Die Hälfte aller geschiedenen Ehen hat nur 7 Jahre gedauert. Besonders häufig trifft es Eheleute zwischen 25 und 35 Jahren.

Rund sieben Zehntel der geschiedenen Ehepaare hatten Kinder. Von den Ehelösungen 1970 wurden dadurch insgesamt 4 353 Minderjährige betroffen.

Aus dem Inhalt

Religionszugehörigkeit der Bevölkerung S. 95

Schon bevor die detaillierten Ergebnisse aus der 10%-Stichprobe der Volkszählung über die Anteile von 25 Religionsgemeinschaften vorliegen, kann über die Anteile der vier wichtigsten, teilweise durch Zusammenfassung gebildeten Gruppen berichtet werden. 1970 gehörten – rechtlich – 86,5 % der schleswig-holsteinischen Bevölkerung zur evangelischen Kirche (EKD und Freikirchen), 6,0 % zur römisch-katholischen Kirche und 7,5 % waren sonstige, worunter hier sowohl die sonstigen christlichen wie auch die sonstigen religiösen Gemeinschaften, aber auch die Gemeinschaftslosen zu verstehen sind. Lediglich die Juden wurden noch gesondert gezählt, sie erreichen aber mit 262 Angehörigen keine 0,0 %. Die Aufschlüsselung des Landesergebnisses auf die Kreise zeigt, daß hohe Anteile von katholischer Bevölkerung mit allgemein großer Bevölkerungsmobilität und mit hohen Anteilen von Vertriebenen und Ausländern einhergehen. Der gemeinsame Nenner für diese Gebiete ist eine überdurchschnittliche wirtschaftliche Aktivität.

Seite 98

Personalstruktur öffentlicher Dienst (Teil 2)

Von den 70 000 Vollbeschäftigten haben elf Prozent Hochschulbildung, weitere 3 % den Doktorgrad, weitere 15 % eine pädagogische Ausbildung. Nur 3,5 % sind Absolventen einer Ingenieurschule. Beinahe jeder fünfte war im Lehrberuf tätig. Die meisten der 31 000 Beamten und Richter aller Vorbildungen waren am Stichtag auf Lebenszeit angestellt, nämlich fast sieben Zehntel. Ein Fünftel befand sich in der Probezeit, gut ein Zehntel "auf Widerruf". An Wahlbeamten und anderen "auf Zeit" gab es nur 163. Von den 26 000 Angestellten hatten 5 % einen befristeten Arbeitsvertrag, gut ein Viertel war unkündbar. Im höheren Dienst war etwa jeder sechste Jurist. Alle anderen Ausbildungen erreichen nur kleinere Anteile, wenn man von den Lehrern absieht. Die Ärzte bringen es auf 11,5 %. 84 % im höheren Dienst sind Beamte, über vier Zehntel von ihnen in der Eingangsstufe A 13. Dem Alter nach gehörten die Beamten und Angestellten des höheren Dienstes – ohne Personal in Ausbildung – zu vier Zehntel in die Gruppe unter 40 Jahre, zu einem Viertel zwischen 40 und 50, zu einem Fünftel zwischen 50 und 60 und zu einem Achtel über 60 Jahre.

Nord-Ostsee-Kanal 1971

Seite 106

Die Verkehrsentwicklung muß im Zusammenhang mit der verschlechterten Ertragslage der Schifffahrt gesehen werden, die 1971 eine Folge der DM-Aufwertung, der rückläufigen Konjunktur und der steigenden Kosten war. Gegenüber 1970 sank die Zahl der Schiffsdurchfahrten um 1 900 oder 2,5 % und die Ladung um 5,2 Mill. t oder 9 %. Im Transitverkehr allein ist die Zahl der Schiffe nur um 1 %, die Ladung aber um fast 10 % zurückgegangen. Dies deutet darauf hin, daß die Einbußen hauptsächlich in den mittleren und oberen Größenklassen zu suchen sind, wenn man bedenkt, daß dank des milden Winters 70/71 die Küsten-

schifffahrt (unter 1 000 BRT) in Fahrt bleiben konnte. Die Zahl der Durchfahrten von Schiffen über 10 000 BRT ging dagegen um 27 % zurück. Hierbei muß man wissen, daß drei Viertel aller Schiffe im Transitverkehr unter 1 000 BRT liegen und nur 1,3 % über 10 000 BRT. Von den 40 000 Küstenschiffen führten 73 % die Flagge der Bundesrepublik. Die Bedeutung der Küstenschifffahrt wird auch in Zukunft erhalten bleiben und mit der Erweiterung der EWG und der verstärkten Konzentration des Seegüterverkehrs, die entsprechenden Zubringer- und Verteilerdienst nach sich zieht, sogar noch wachsen. Für den Kanal, der nur Schiffen bis zu 9,5 m Tiefgang offensteht, bedeuten die Küstenschiffe einen stabilisierenden Faktor. Von dem Verkehrsrückgang 1971 ist die Gütergruppe Erdöl und Derivate am stärksten betroffen worden.

Einkünfte in freien Berufen

Seite 111

Im Mittel derjenigen Steuerpflichtigen, die ihre Einkünfte überwiegend aus selbständiger Arbeit erzielten, errechneten sich für 1968 Einkünfte von fast 53 000 DM, das ist mehr als aus allen anderen Einkunftsarten bei deren jeweiligem Überwiegen. Nach dem Zuwachs gegenüber 1965 lagen allerdings die Steuerpflichtigen mit überwiegender Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft mit 46 % an der Spitze. Bei den freiberuflich Tätigen nahmen die Einkünfte mit 28 % immer noch stärker zu als in jeder anderen Gruppe nach der überwiegender Einkunftsart. Von den 8 300 Angehörigen freier Berufe (steuerlich) entfielen 6 000 auf elf Berufsgruppen, von denen der Bericht handelt. Am zahlreichsten sind die Ärzte (2 100) und Zahnärzte (1 200) vertreten, die auch mit 80 000 DM und 71 000 DM die höchsten durchschnittlichen Einkünfte erzielten. Mit 37 % und 44 % sind hier auch die höchsten Zuwachsraten festzustellen. Eine Tabelle mit der Besetzung der Einkunfts-Größenklassen von "unter 16 000" bis "100 000 und mehr" DM zeigt die Abstufung zwischen den Berufsgruppen sehr deutlich.

Wohngeld 1970

Seite 114

Ende 1970 wurde in fast 60 000 Fällen Wohngeld gewährt, wovon 89 % Mietzuschuß und 11 % Lastenzuschuß waren. Im Durchschnitt wurden je Fall 45 DM Miet- und 68 DM Lastenzuschuß gezahlt. Die Gesamtsumme belief sich 1970 auf 38,6 Mill. DM. Über die Hälfte der Haushalte mit Mietzuschuß hatten nicht mehr als 300 DM Familieneinkommen, 72 % wohnten in Neubauwohnungen (nach Mitte 1948 erbaut) und nur 62 % hatten eine Miete von weniger als 3 DM je qm zu zahlen.

Kapitalgesellschaften

Seite 116

Die Zahl der Gesellschaften mbH ist in Jahresfrist bis Ende 1971 per Saldo um 235 auf über 2 500 gestiegen, die der AG um nur eine auf 61 gesunken. Das Stammkapital der GmbH stieg – saldiert – um 120 Mill. DM auf 960 Mill. DM, das Grundkapital der AG um 28 Mill. DM auf 476 Mill. DM.

Die Religionszugehörigkeit der schleswig-holsteinischen Bevölkerung am 27.5.1970

Wie bei allen bisherigen Volkszählungen wurde auch bei der letzten Volkszählung am 27. Mai 1970 die Religionszugehörigkeit der Bevölkerung festgestellt. Die Bevölkerung hatte die Frage 5 des Volkszählungsbogens zu beantworten. Diese Frage enthielt die nachstehenden sieben Möglichkeiten, eine bestimmte Religionszugehörigkeit zu markieren:

5 Religionszugehörigkeit	Evang.Kirche (ohne Freikirche) . . . -
	Evang.Freikirche . . . -
	Röm.-kath. Kirche . . . -
	sonstige christliche Gemeensch. . . -
	Jüdische Rel.-Gemeinschaft . . . -
	gemeinschaftslos . . . -
	sonstige religiöse Gemeinschaften . . . -

Unter den sieben vorgegebenen Möglichkeiten sind die folgenden beiden Sammelpositionen enthalten:

"Sonstige christliche Gemeinschaften"

Zu dieser Kategorie zählen die Ostkirchen (orthodoxe Kirchen - unter anderem orthodoxe Griechen -, orientalische Kirchen), die Altkatholische Kirche und verwandte Gruppen sowie sonstige christlich orientierte Sondergemeinschaften, wie Adventisten, Bibelforscher.

"Sonstige religiöse Gemeinschaften"

Hierzu zählen alle bisher nicht genannten weiteren nichtchristlichen Volks- und Weltreligionen, z. B. Mohammedaner, Buddhisten, sowie die freireligiösen und Weltanschauungsgemeinschaften.

Für die vorliegende Veröffentlichung mußten überdies diese sieben im Fragebogen vorgesehenen Zuordnungsmöglichkeiten noch zu vier Gruppen zusammengefaßt werden. Unter "evangelisch" wurden die Angehörigen der "Evangelischen Kirche in Deutschland" und die der "evangelischen Freikirchen" zusammengefaßt. Die Gruppe "Sonstige" enthält die "sonstigen christlichen Gemeinschaften", die "sonstigen religiösen Gemeinschaften" und die "Gemeinschaftslosen".

In allen Fällen war jeweils die rechtliche Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft - und nicht das persönliche Bekenntnis - anzugeben. Ob dies in allen Fällen beachtet wurde, ist allerdings nicht mehr zu überprüfen.

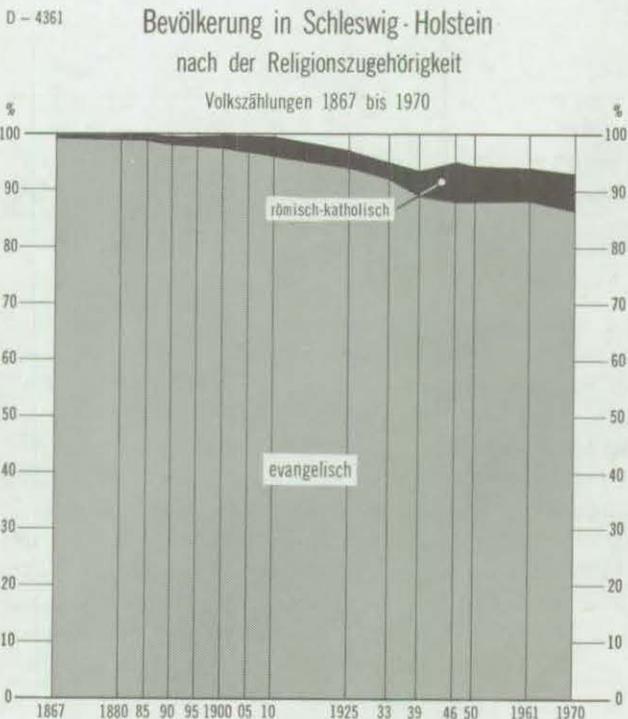
An 10% der Bevölkerung (10%-Stichprobe) wurde ein ausführlicher, zwei Seiten umfassender Volkszählungsbogen verteilt, der eine Reihe weitergehender Fragen enthielt. Die Personen, an die dieser Bogen verteilt

wurde, wurden aufgefordert, soweit sie sich zu den "Sonstigen christlichen oder religiösen Gemeinschaften" rechneten, die Gemeinschaft namentlich zu benennen. Auf Grund dieser Angaben ist es nun möglich, die Zugehörigkeit zu 25 Religionsgemeinschaften und Zusammenfassungen von Gemeinschaften auszuzählen. Zur Zeit liegen allerdings diese detaillierten Ergebnisse aus der 10%-Stichprobe noch nicht vor.

Noch vor gut 100 Jahren gehörten in Schleswig-Holstein 99% der Bevölkerung den evangelischen Kirchen an. Mit wachsender Mobilität der Bevölkerung begann dieser hohe Anteil dann von der neunten Dekade des vergangenen Jahrhunderts an langsam zu sinken; 1885: 98,5%, 1905: 96,8%, 1910: 96,1%.

In der Zwischenkriegszeit ging der Anteil der Evangelischen bis auf 89% (1939) zurück, der der Katholiken stieg auf 4,3%. Die Ursache hierfür waren aber jetzt nicht mehr allein die Zuwanderungen von Angehörigen der römisch-katholischen Kirche im Zuge wachsender Bevölkerungsmobilität, sondern es treten nunmehr auch verstärkt Freireligiöse und Gemeinschaftslose (1925: 2,2%, 1939: 4,2% sogenannte Gottgläubige und 1,6% Glaubenslose) auf.

Den nächsten größeren Einschnitt brachte die Zuwanderung von Vertriebenen und Flüchtlingen gegen Ende des letzten Krieges. Sie stammen



zwar zu einem großen Teil aus Gebieten des Deutschen Reiches, in denen die Bevölkerung ebenfalls überwiegend evangelisch war, jedoch lag hier der Anteil der Angehörigen der evangelischen Kirchen niedriger oder gleich hoch, aber der der römisch-katholischen Kirche höher als in der Provinz Schleswig-Holstein zu Beginn des letzten Krieges. Als Beispiel seien hier die Provinzen Ostpreußen und Pommern genannt, aus denen mehr als die Hälfte der nach Schleswig-Holstein geflüchteten Heimatvertriebenen stammen. In Ostpreußen waren 81,0% evangelisch und 16,3% katholisch, in Pommern waren 89,3% evangelisch und 7,4% katholisch.

Nach dem Flüchtlingseinstrom war der Anteil der evangelischen Bevölkerung im Jahre 1946 auf 88% zurückgegangen und gleichzeitig der Anteil der Katholiken auf 6,7% gestiegen. Mit der Volkszählung 1950 wurde jedoch mit 6% Katholiken bereits wieder ein rückläufiger Anteil der katholischen Bevölkerung ermittelt, nachdem die ersten Vertriebenen das überbevölkerte Schleswig-Holstein verlassen hatten. Bis zum Jahre 1961 sank dann der Anteil der Katholiken weiter auf 5,6%, der Anteil der Evangelischen stieg auf 88,2%. Dies war der höchste Anteil an Evangelischen, der in der Nachkriegszeit bisher ermittelt wurde. Der Anteil der Katholiken unter den Vertriebenen (Ausweisinhaber A und B) betrug seinerzeit 11%¹.

Inzwischen hat sich nach dem Zustrom von ausländischen Arbeitskräften bei anhaltender Mobilität der bundesdeutschen Bevölkerung wieder eine neue Entwicklung angebahnt.

Bevölkerung nach der Religionszugehörigkeit

	1961		1970	
	absolut	in %	absolut	in %
evangelisch	2 042 921	88,2	2 156 395	86,5
römisch-katholisch	128 888	5,6	150 057	6,0
jüdisch	126	0,0	262	0,0
sonstige	145 506	6,3	187 390	7,5
Insgesamt	2 317 441	100	2 494 104	100

In den seit der letzten Volkszählung verflossenen neun Jahren hat bei einer Zunahme der Gesamtbevölkerung um 177 000 = 7,6% die Zahl der Angehörigen der Evangelischen Kirche in Deutschland und der evangelischen Freikirchen um 113 000 oder um 5,6% zugenommen. Die Zahl der Angehörigen der römisch-katholischen Kirche nahm um 21 000 oder 16,4% zu. Zu ihr gehören nun wieder 6,0% der Bevölkerung. Diese Zunahme ist zu einem großen Teil durch das Anwachsen

¹) ohne Vertriebene, die mit Ausweis A/B aus der DDR zugezogen sind

des Ausländeranteils bedingt. Viele der in Schleswig-Holstein tätigen ausländischen Arbeitskräfte stammen aus Ländern, in denen große Teile der Bevölkerung dieser Religion angehören. Die Frage, wie weit sich in der deutschen Bevölkerung seit 1961 als Konsequenz der umfangreichen Wanderungsbewegungen, also als Folge von etwa 1,5 Millionen Zu- und Fortzügen über die Landesgrenzen, die konfessionellen Verhältnisse verändert haben, kann zur Zeit nicht beantwortet werden, da die hierzu erforderlichen Aufbereitungen noch nicht vorliegen.

Die in dieser ersten Auswertung relativ große Restgruppe "Sonstige", deren Zusammensetzung bereits oben beschrieben wurde, erhielt einen Zuwachs von 42 000 (+ 29%). Ihr Anteil an der Bevölkerung stieg von 6,3% auf 7,5%. In dieser sehr heterogenen Gruppe befindet sich auch ein großer Teil der in Schleswig-Holstein tätigen Gastarbeiter, so z. B. die Türken, die in unserem Land zahlenmäßig an erster Stelle der ausländischen Arbeitskräfte stehen und als Mohammedaner mit zu dieser Gruppe rechnen. Weiterhin rechnen Jugoslawen und Griechen, soweit sie Angehörige orthodoxer Kirchen oder Mohammedaner sind, hierzu. So kann der starke Zuwachs dieser Gruppe "Sonstige" um 29% nicht allein auf ein überproportionales Anwachsen der in ihr enthaltenen "Gemeinschaftslosen" zurückgeführt werden. Genauer über die Entwicklung dieser Restgruppen kann erst dann gesagt werden, wenn die bereits oben angesprochenen Zahlen aus der 10%-Stichprobe über alle Religionsgemeinschaften vorliegen werden.

Wie die Tabelle zeigt, weichen die Anteile der beiden großen Konfessionen sowie die

Die Religionszugehörigkeit in den Kreisen

KREISFREIE STADT Kreis	evangelisch	römisch-katholisch	Übrige
	in %		
FLENSBURG	85,3	6,5	8,2
KIEL	78,7	7,7	13,6
LÜBECK	85,2	8,2	6,5
NEUMÜNSTER	84,1	7,4	8,5
Dithmarschen	92,3	3,2	4,5
Flensburg-Land	91,6	3,5	4,8
Hzgt. Lauenburg	87,1	6,1	6,8
Nordfriesland	92,2	3,9	3,9
Ostholstein	89,8	5,5	4,6
Pinneberg	81,3	7,8	10,9
Plön	89,1	4,8	6,1
Rendsburg-Eckernförde	89,6	4,7	5,7
Schleswig	92,4	3,8	3,8
Segeberg	85,0	6,0	9,0
Steinburg	90,8	4,1	5,1
Stormarn	82,2	7,7	10,1
Schleswig-Holstein	86,5	6,0	7,5

der Gruppe der "Übrigen" in den Kreisen unseres Landes teilweise auffällig vom Landesdurchschnitt ab. Der Charakter des überwiegend evangelischen Landes kommt noch am deutlichsten in den Westküstenkreisen Nordfriesland, Dithmarschen und Steinburg sowie in den beiden nördlichen Kreisen Flensburg-Land und Schleswig zum Ausdruck. Es sind dies auch die Kreise mit dem niedrigsten Anteil von Katholiken (4,1% und weniger). Entsprechend niedriger ist in diesen Kreisen auch der Anteil der Restgruppe "Übrige" (5,1% und weniger).

Höhere Anteile von Katholiken haben die vier kreisfreien Städte, an der Spitze hier die Hansestadt Lübeck (8,2%) und die Landeshauptstadt Kiel (7,7%) sowie die Kreise Pinneberg (7,8%) und Stormarn (7,7%). Es sind dies auch mit Ausnahme von Lübeck die Kreise mit einem über dem Landesdurchschnitt (7,5%) liegenden Anteil der "Sonstigen". Zu den Kreisen mit einem hohen Anteil von "Sonstigen" gehört außerdem noch der Kreis Segeberg mit 9%.

Bei zusammenfassender Betrachtung zeigt sich hier folgendes deutlich:

Hohe Anteile von Angehörigen der römisch-katholischen Kirche sind festzustellen

in Gebieten größerer Bevölkerungsmobilität, z. B. in den kreisfreien Städten und in den an Hamburg angrenzenden Kreisen,

in den Kreisen mit höherem Anteil von Vertriebenen und Zugewanderten, z. B. in Lübeck, Stormarn und Pinneberg,

in den Kreisen mit hohem Anteil von Ausländern, z. B. Lübeck und Pinneberg.

Selbstverständlich bedingen und ergänzen sich diese drei Gründe gegenseitig. Sie stehen unter dem gemeinsamen Nenner "überdurchschnittliche wirtschaftliche Aktivität", die - unterschiedlich intensiv und sicherlich auch überlagert von einer Reihe von nicht mehr erkennbaren Sonderentwicklungen und Zufällen - jahrzehntelang wirkte und die heutige konfessionelle Struktur schuf: Gebiete höherer wirtschaftlicher Betätigung ziehen in stärkerem Maße ortsfremde Arbeitskräfte an. Da Schleswig-Holstein das Bundesland mit dem höchsten Anteil der evangelischen Bevölkerung ist, müssen die Zuwanderungen aus anderen Gebieten der Bundesrepublik, also aus Gebieten mit höherem Anteil von Katholiken, zu einer stetigen Reduzierung des Anteils seiner evangelischen Bevölkerung führen. Selbstverständlich haben die in den letzten Jahren von beiden Konfessionen zu registrierenden Kirchaustritte schließlich auch Einfluß auf ihre zahlenmäßige Stärke ausgeübt. Es ist auch hier anzunehmen, daß

Die Religionszugehörigkeit in den Bundesländern

Land	evangelisch	römisch-	Übrige
		katholisch	
in %			
Schleswig-Holstein	86,5	6,0	7,5
Hamburg	73,6	8,1	18,2
Niedersachsen	74,6	19,6	5,8
Bremen	82,4	10,2	7,5
Nordrhein-Westfalen	41,9	52,5	5,7
Hessen	60,5	32,8	6,8
Rheinland-Pfalz	40,7	55,7	3,6
Baden-Württemberg	45,8	47,4	6,8
Bayern	25,7	69,9	4,4
Saarland	24,1	73,8	2,1
Berlin (West)	70,2	12,5	17,4
Bundesgebiet	49,0	44,6	6,4

dies besonders für die großen Städte und die Verdichtungsgebiete zutrifft.

In den Gebieten mit überdurchschnittlicher wirtschaftlicher Aktivität verblieben selbstverständlich auch mehr Flüchtlinge und Vertriebene, oder sie wurden durch bessere Erwerbsmöglichkeiten aus anderen Gebieten angezogen. Entsprechendes gilt auch für die Ausländer. Sie wurden vorwiegend in Orte größten Arbeitskräftebedarfs, also wiederum solcher größerer wirtschaftlicher Aktivität, vermittelt. Umgekehrt haben die stärker agrarisch strukturierten Gebiete unseres Landes, die in den 40er und Anfang der 50er Jahre die Masse der Vertriebenen beherbergten, sie inzwischen weitgehend wieder abgegeben. So hat ihre verbliebene evangelische Bevölkerung wieder höhere Prozentsätze erreicht. Die weitere Auswertung der Volkszählungsergebnisse wird auch wieder - wie schon im Jahre 1961 dargestellt werden konnte - zeigen, daß der Anteil der evangelischen Bevölkerung mit sinkender Gemeindegröße steigt, und umgekehrt, der Anteil der katholischen Bevölkerung mit steigender Gemeindegröße zunimmt.

In der Bundesrepublik überwiegt mit 29,7 Millionen Angehörigen die Evangelische Kirche. Es folgt mit 27,1 Millionen Angehörigen die römisch-katholische Kirche. Während gegenüber 1961 der Anteil der Mitglieder evangelischer Kirchen von 51,1% auf 49,0% leicht zurückging, ist er bei der römisch-katholischen Kirche von 44,1% auf 44,6% gestiegen. Die Gründe hierfür entsprechen denen, die für die Entwicklung in Schleswig-Holstein bereits angeführt wurden. Schleswig-Holstein ist das Land mit dem höchsten evangelischen Bevölkerungsanteil (86,5%) von allen Bundesländern. Es folgen Bremen (82,4%) und Niedersachsen (74,6%). Von den Ländern, bei denen die katholische Konfession überwiegt, stehen das Saarland mit 73,8% und Bayern mit 69,9% an der Spitze.

Gerhard Muske

Personalstruktur im öffentlichen Dienst

Teil 2

Vor- und Ausbildung

Im 1. Teil dieses Aufsatzes wurde über die Altersstruktur des öffentlichen Dienstes und zum Schluß über den Besuch von allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen berichtet¹. Der Abschnitt über die Vor- und Ausbildung der hauptberuflich Vollbeschäftigten des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände wird hier fortgesetzt.

Neun Zehntel der Beamten und Angestellten des höheren Dienstes haben eine wissenschaftliche Hochschulbildung

Von den 69 764 hauptberuflich Vollbeschäftigten der öffentlichen Verwaltung weisen 7 700 oder 11% eine abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung nach. Hinzu kommen 1 991 Bedienstete, die einen Doktorgrad erworben haben, das sind 2,9%. Sie gehören fast ausschließlich dem höheren Dienst an. Der Anteil der Bediensteten mit wissenschaftlicher Hochschulbildung macht im höheren Dienst fast neun Zehntel aus. Bei den Beamten und Richtern sind es 86,6% und bei den Angestellten 88,8%. Der Anteil liegt also bei den Angestellten etwas höher. Ebenso ist es bei den Bediensteten mit Promotion. Ein Fünftel der Beamten des höheren Dienstes hat den Doktorgrad erworben und über ein

Drittel der Angestellten. Das ist auf die Gemeindeangestellten zurückzuführen, von denen über vier Zehntel promoviert haben. Insgesamt ist jedoch wegen der unterschiedlichen Aufgabenstellung der Anteil der Gemeindebediensteten mit wissenschaftlicher Hochschulbildung geringer als der der Landesbediensteten. Von den Gemeindebediensteten weisen 5,7% eine solche nach und von den Landesbediensteten 14,3%.

Eine pädagogische Ausbildung haben 10 189 oder 14,6% der Bediensteten genossen. Sie stehen fast ausschließlich im Dienste des Landes (10 083 von 10 189) und sind zu 95% Beamte. Hauptsächlich bekleiden sie ein Amt des gehobenen Dienstes, während sich im höheren Dienst nur knapp ein Zehntel befinden.

Absolventen von Ingenieurschulen gibt es in der öffentlichen Verwaltung nur wenige. 2 458 Bedienstete oder 3,5% aller sind graduierte Ingenieure. Es sind überwiegend solche der Fachrichtung Bau- und Maschinenwesen. Sie stehen etwa zu gleichen Teilen in einem Beamten- oder Angestelltenverhältnis. Dem höheren Dienst haben nur wenige Fachschulingenieure erreicht, während im gehobenen Dienst acht Zehntel von ihnen anzutreffen sind. Der Bedarf an graduierten Ingenieuren ist offensichtlich in der Landesverwaltung größer als bei den Gemeinden. Das Land beschäftigt nämlich 1 573 dieser Ingenieure und die Gemeinden 885 oder 36%.

Hochschulbildung in der öffentlichen Verwaltung am 2. Oktober 1968

Ausbildung	Anzahl	darunter					
		Beamte und Richter			Angestellte		
		zusammen	höherer Dienst	gehobener Dienst	zusammen	höherer Dienst	gehobener Dienst
Hauptberuflich Vollbeschäftigte der Verwaltung insgesamt	69 764	31 424	7 258	14 958	26 324	1 338	4 819
darunter mit Hochschulabschluß							
Ingenieurschulabschluß zusammen	2 458	1 072	294	767	1 379	27	1 248
in % der Gesamtzahl	3,5	3,4	4,1	5,1	5,2	.	25,9
Bau- und Maschinenwesen	1 814	758	180	574	1 052	15	1 013
in % der Gesamtzahl	2,6	2,4	2,5	3,8	4,0	.	21,0
Pädagogische Ausbildung	10 189	9 674	884	8 787	515	20	447
in %	14,6	30,8	12,2	58,7	2,0	.	9,3
Wissenschaftliche Hochschulbildung							
Staats- und Diplomprüfung	7 700	6 344	6 284	60	1 356	1 188	121
in %	11,0	20,2	86,6	.	5,2	88,8	2,5
Promotion	1 991	1 495	1 465	30	496	475	16
in %	2,9	4,8	20,2	.	1,9	35,5	.

1) siehe diese Zeitschrift 1972, S. 57 (März)

Anstellungsverhältnis der Beamten und Richter und Vertragsverhältnis der Angestellten

Die Rechtsverhältnisse zwischen Arbeitnehmern der öffentlichen Verwaltung und ihren Arbeitgebern werden in besonderen Gesetzen und Verträgen geregelt. Für die schleswig-holsteinischen Beamten bildet das Landesbeamtengesetz (LBG) die Grundlage, für die Richter das Landesrichtergesetz (LRiG) und für die Angestellten der Bundesangestellten-tarifvertrag (BAT). Das Anstellungsverhältnis der Beamten wird daneben noch in der Laufbahnverordnung (SH, LVO) besonders geregelt.

Beamtenverhältnis auf Lebenszeit bildet die Regel

Nach § 5 (1) LBG ist die Berufung in ein Beamtenverhältnis nur zulässig, wenn hoheitsrechtliche Aufgaben wahrgenommen werden oder Aufgaben zur Sicherung des Staates oder des öffentlichen Lebens ein öffentlich-rechtliches Dienst- und Treueverhältnis erfordern. Wer dauernd Aufgaben in diesem Sinne erfüllen soll, wird in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit berufen. Diese Anstellungsform bildet daher die Regel. Zur Erlangung dieses Status sind jedoch verschiedene Bedingungen wie eine Vorbereitungs- oder Probezeit zu erfüllen. Von den 31 424 Beamten und Richtern des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände waren am Stichtag der Erhebung - am 2.10.1968 - 21 754 oder fast sieben Zehntel auf Lebenszeit angestellt. Beim Land waren es reichlich zwei Drittel und bei den Gemeinden gut drei Viertel. In einer Probezeit für die spätere Verwendung als Beamter auf Lebenszeit standen 5 976 Beamte oder ein Fünftel aller.

Eine weitere Ernennungsform ist die eines Beamten auf Widerruf. Hierunter fallen

Anstellungs- und Vertragsverhältnisse
in der öffentlichen Verwaltung am 2. Oktober 1968

Anstellungs-, Vertragsverhältnis	Insgesamt		Land		Gemeinden und Gemeinde- verbände	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Beamte und Richter	31 424	100	26 478	100	4 946	100
auf Widerruf	3 531	11,2	3 210	12,1	321	6,5
auf Probe	5 976	19,0	5 263	19,9	713	14,4
auf Zeit	163	0,5	25		138	2,8
auf Lebenszeit	21 754	69,2	17 980	67,9	3 774	76,3
Angestellte	26 324	100	12 557	100	13 767	100
kündbar	19 440	73,8	9 171	73,0	10 269	74,6
unkündbar	6 884	26,0	3 386	26,7	3 498	25,4

Beamte, die einen Vorbereitungsdienst abzu-
leisten haben wie etwa Inspektorenanwärter,
ferner solche, die nur nebenbei oder vorüber-
gehend verwendet werden, und Universitäts-
dozenten sowie wissenschaftliche Assistenten
und Lektoren. Bei gut einem Zehntel der
Beamten stand in der Ernennungsurkunde
"auf Widerruf". Sie kommen beim Land
zehnmal häufiger vor als bei den Kommunen.

Außerdem gibt es noch das Beamtenverhältnis
auf Zeit, das in erster Linie bei den
Gemeinden anzutreffen ist. Es handelt sich
hier vor allem um Wahlbeamte - nicht
Ehrenbeamte - wie Oberbürgermeister,
Bürgermeister und Landräte. Am 2.10.1968
gab es 163 Beamte auf Zeit, 138 davon
standen im Dienste der Gemeinden und
Gemeindeverbände.

Ein Viertel der Angestellten ist unkündbar

Arbeitsverträge mit Angestellten werden auf
Zeit (Zeitangestellte, Angestellte für Aufgaben
von begrenzter Dauer, Aushilfsangestellte)
oder unbestimmte Zeit abgeschlossen. Bei
Arbeitsverhältnissen auf Zeit endet der
Arbeitsvertrag nach einer festgelegten Frist
oder nach Beendigung des entsprechenden
Ereignisses (z. B. Abschluß einer Volks-
zählung, Fertigstellung eines Brückenbaues).
Einen solchen befristeten Arbeitsvertrag hatten
etwa 5% der 26 324 Angestellten des Landes,
der Gemeinden und Gemeindeverbände. Alle
anderen Angestellten waren auf unbestimmte
Zeit eingestellt. Bei diesen unterscheidet
man zwischen kündbaren und unkündbaren
Angestellten. Die letzteren sind den Beamten
auf Lebenszeit vergleichbar. Dieser Status
ist nach 15 Jahren Beschäftigungszeit,
frühestens jedoch nach Vollendung des
vierzigsten Lebensjahres erreichbar. Deshalb
sind nur gut ein Viertel der Angestellten
unkündbar.

Fast neun Zehntel der Beamten
sind Laufbahnbeamte

Die Beamten - mit Ausnahme der sogenannten
anderen Bewerber - gehören einer Laufbahn
an. Eine Laufbahn umfaßt nach § 3 SH, LVO
alle Ämter (z. B. Regierungsinspektor)
derselben Fachrichtung (z. B. Verwaltungs-
beamter, Lehrer, Dipl.-Volkswirt), die eine
gleiche Vor- und Ausbildung voraussetzen.
Die Laufbahnen werden zu den Laufbahngruppen
des einfachen, mittleren, gehobenen oder
höheren Dienstes zusammengefaßt. Man unter-
scheidet zwischen den eigentlichen Laufbahn-
beamten, den Aufstiegsbeamten und den
Beamten besonderer Fachrichtung. Die eigent-
lichen Laufbahnbeamten erwerben die Befähigung
für ihre Laufbahn durch einen Vor-

Laufbahnen der Verwaltungsbeamten (ohne Richter)
am 2. Oktober 1968

Laufbahn	Insgesamt		Land		Gemeinden und Gemeinde- verbände	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Beamte zusammen	30 874	100	25 928	100	4 946	100
Laufbahnbeamte	26 711	86,5	23 723	91,5	2 988	60,4
Aufstiegsbeamte einer Einheitslaufbahn	1 331	4,3	339	1,3	992	20,1
Andere Aufstiegsbeamte	624	2,0	382	1,5	242	4,9
Beamte besonderer Fachrichtung	1 958	6,3	1 386	5,3	572	11,6
Andere Bewerber	250	0,8	98	0,4	152	3,1

bereitungsdiens t und das Bestehen der vorgeschriebenen Laufbahnprüfung. Dazu zählen z. B. die Inspektoren und die Juristen. Fast neun Zehntel der im Dienst des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände stehenden Beamten sind Laufbahnbeamte im engeren Sinne. Beim Land sind es sogar über neun Zehntel und bei den Kommunen sechs Zehntel. In der Laufbahngruppe einfacher Dienst gibt es nur Laufbahnbeamte. Im höheren Dienst machen dagegen die eigentlichen Laufbahnbeamten nur einen Anteil von drei Viertel aus, weil hier vor allem bei den Gemeinden die Beamten besonderer Fachrichtung einen größeren Anteil stellen.

Die nächststärkste Gruppe sind die Beamten besonderer Fachrichtung. Diese Laufbahnen sind solche, für die wissenschaftlich oder fachlich besonders vorgebildete Bewerber benötigt werden und für die ein Vorbereitungsdienst nicht geregelt ist. Die Bewerber haben anstelle des Vorbereitungsdienstes eine hauptberufliche Tätigkeit nachzuweisen. Zur Laufbahn der besonderen Fachrichtung gehören z. B. im höheren Dienst die Apotheker, Diplomvolkswirte und Diplommathematiker. Der Laufbahn der besonderen Fachrichtung gehören insgesamt 1 958 oder 6,3% aller Beamten an. Sieben Zehntel von ihnen sind beim Land beschäftigt. Da die Anzahl der Kommunalbeamten aber bedeutend niedriger ist als die der Landesbeamten, stellen sie beim Land nur jeden zwanzigsten und bei den Gemeinden jeden neunten. Die meisten von ihnen sind im höheren Dienst anzutreffen. Dort ist fast jeder vierte ein Beamter besonderer Fachrichtung.

Eine weitere Form der Laufbahnbeamten sind die Aufstiegsbeamten. Diese sind, wie der Name schon ausdrückt, in eine höhere Laufbahngruppe aufgestiegen. Dies ist bei Eignung, Befähigung und besonderer fachlicher Leistung oder Prüfung möglich. Man unterscheidet dabei zwischen Aufstiegsbeamten einer Einheitslaufbahn (Polizei, Feuerwehr) und

anderen Aufstiegsbeamten. Am Stichtag der Erhebung waren 1 955 oder 6,3% aller Beamten Aufstiegsbeamte. Im Dienst des Landes standen nur wenige von ihnen, nämlich 721. Bei den Gemeinden waren es 1 234 Beamte oder jeder vierte. Sie kommen hauptsächlich im gehobenen Dienst vor.

Als sogenannte andere Bewerber haben sich 250 Beamte bezeichnet. Das sind nicht einmal 1% aller Beamten. Ihre geringe Zahl ergibt sich aus den besonderen Einstellungsvoraussetzungen. Nach § 35 SH. LVO müssen andere Bewerber durch ihre Lebens- und Berufserfahrung befähigt sein, die Aufgaben des ihnen zu übertragenden Amtes und der Laufbahn, in der sie verwendet werden sollen, wahrzunehmen. Sie dürfen nur eingestellt werden, wenn kein geeigneter Laufbahnbewerber zur Verfügung steht, ein dringendes dienstliches Bedürfnis für die Einstellung besteht und andere bestimmte Voraussetzungen (z. B. Alter) erfüllt sind. Die meisten von ihnen, nämlich 152 sind Kommunalbeamte. Sie gehören überwiegend dem höheren Dienst an.

Ausgewählte Berufsgruppen

Wie schon im 1. Teil dieses Aufsatzes erwähnt, ist die Nachwuchsplanung der Hauptgrund für die Durchführung der Personalstrukturerhebung. Daß dafür eine Altersstruktur nach Besoldungsgruppen oder Aufgabenbereiche nicht ausreicht, liegt auf der Hand. Es mußten vielmehr detaillierte Angaben über Berufsgruppen in der öffentlichen Verwaltung erfaßt werden. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf den höheren Dienst gelegt.

Nur 12,3% des höheren Dienstes sind Juristen

Von den 8 666 Beamten, Richtern und Angestellten des höheren Dienstes des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände haben 1 067 oder 12,3% die 2. juristische Staatsprüfung abgelegt. Rechnet man die in Ausbildung befindlichen Personen, die Rechtsreferendare, hinzu, von denen ein Teil nicht in die öffentliche Verwaltung geht, so ist etwa jeder sechste Bedienstete Jurist im weitesten Sinne.

Am zahlreichsten sind die Akademiker mit sonstiger abgeschlossener wissenschaftlicher Hochschulbildung vertreten. Sie stellen mit 3 286 Bediensteten fast vier Zehntel des höheren Dienstes. Es handelt sich in der Hauptsache um Lehrer an höheren Schulen. Die nächststärkste Gruppe ist das Personal in Ausbildung mit 1 201 Bediensteten. Sie

Berufsgruppen des höheren Dienstes
(einschließlich Wirtschaftsunternehmen) am 2. Oktober 1968

Berufsgruppe	Anzahl	%	Anteil des Landes
Juristen mit 2. Staatsprüfung	1 067	12,3	92,0
Diplom-Volkswirte	130	1,5	91,5
Diplom-Kaufleute, Diplom-Betriebswirte	28	0,3	85,7
Ärzte	881	10,2	50,9
Tierärzte	79	0,9	13,9
Zahnärzte	33	0,4	72,7
Apotheker	40	0,5	65,0
Diplom-Ingenieure			
Bauwesen	293	3,4	73,0
Vermessungswesen	64	0,7	95,3
Elektrotechnik	46	0,5	87,0
Sonstige Fachrichtung	111	1,3	77,5
Diplom-Landwirte	113	1,3	100,0
Diplom-Forstwirte	22	0,3	90,9
Diplom-Mathematiker	21	0,2	100,0
Diplom-Physiker	75	0,9	100,0
Diplom-Chemiker	54	0,6	92,6
Sonstige abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung	3 286	37,9	84,3
Übriger höherer Dienst	1 122	12,9	75,7
Personal in Ausbildung	1 201	13,9	86,6
Zusammen	8 666	100	80,5

kommen auf einen Anteil von 13,9%. Es sind vor allem Studienreferendare und, wie schon oben beschrieben, Rechtsreferendare.

Ein nicht geringer Anteil entfällt auf den übrigen höheren Dienst. 1 122 Beamte und Angestellte des höheren Dienstes oder 12,9% weisen keine wissenschaftliche Hochschulbildung nach. Es sind meistens Lehrer mit pädagogischer Ausbildung, die überwiegend an Schulen, besonders an berufsbildenden Schulen, tätig sind.

Die schon erwähnten Juristen mit 2. Staatsprüfung stehen an 4. Stelle dicht gefolgt von den Medizinerinnen und Apothekern, von denen es 1 033 im Dienste des Landes und der Kommunen gibt. Die meisten sind Humanmediziner, nämlich 880 oder jeder zehnte des höheren Dienstes. Von den anderen medizinischen Berufsgruppen tritt nur eine kleine Zahl auf: Tierärzte (79), Zahnärzte (33) und Apotheker (40). Das trifft auch für die weiteren ausgewählten Berufsgruppen zu, wie aus der obenstehenden Tabelle zu ersehen ist. Erwähnt seien noch die Diplomingenieure mit 514 Bediensteten, die Wirtschaftswissenschaftler mit 158 Bediensteten und die Diplomlandwirte mit 113 Bediensteten.

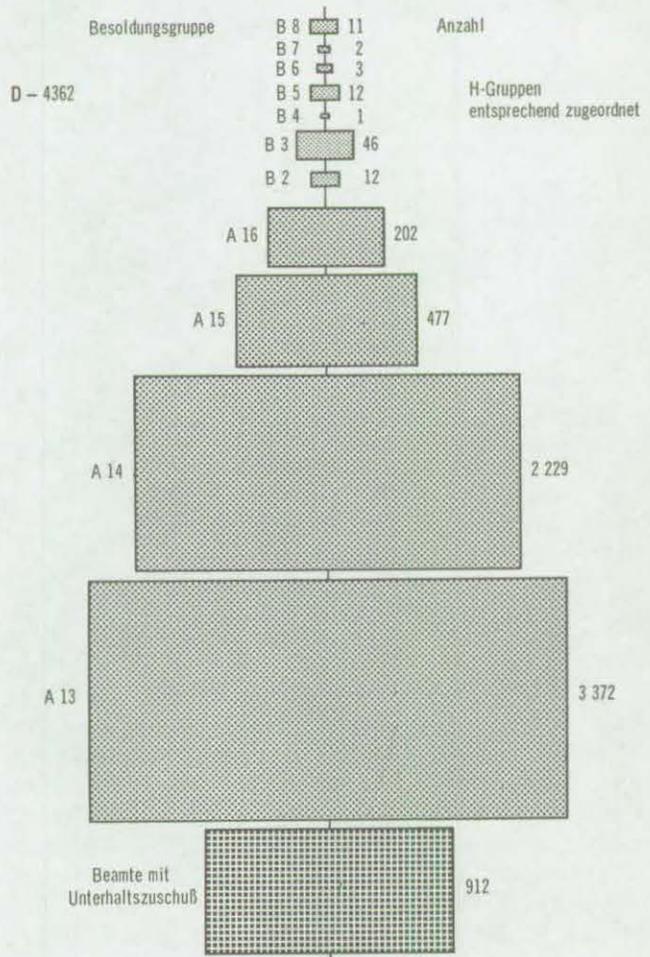
Das Land ist für acht Zehntel des höheren Dienstes der Arbeitgeber. Bei einigen Berufsgruppen liegt der Anteil sogar noch darüber. So stehen die Diplomlandwirte, -mathematiker und -physiker ausschließlich im Landesdienst und bei den Juristen, Wirtschaftswissen-

schaftlern, Vermessungsingenieuren, Diplomforstwirten und -chemikern macht der Anteil über neun Zehntel aus. Die Ärzte sind je zur Hälfte beim Land und den Kommunen beschäftigt und die Tierärzte weit überwiegend bei den Kommunen.

Über drei Viertel der Beamten des höheren Dienstes in den Besoldungsgruppen A 13 und A 14

Im höheren Dienst dominieren die Beamten. Sie stellen 84% des höheren Dienstes. Die meisten von ihnen befinden sich in der Eingangsstufe, der Besoldungsgruppe A 13. Es sind 3 122 Beamte oder über vier Zehntel der Beamten des höheren Dienstes. Faßt man die beiden untersten Besoldungsstufen des höheren Dienstes (A 13 und A 14 sowie die entsprechenden H-Stufen) zusammen, so kommt man auf einen Anteil von mehr als drei Viertel. Der Stellenkegel des höheren Dienstes hat also eine sehr große Grundfläche. Rechnet man noch die Beamten in Ausbildung hinzu, so sind fast neun Zehntel aller Beamten des höheren Dienstes nicht

Stellenkegel der Beamten des höheren Dienstes am 2. Oktober 1968



weiter als bis zur Besoldungsgruppe A 14 aufgestiegen. Ein Amt der Besoldungsgruppe A 15 oder A 16 hat knapp jeder zehnte Beamte inne. Danach gehören fast alle Beamten der Besoldungsordnung A der sogenannten aufsteigenden Gehaltsordnung an. Nur 1,2% oder 87 Beamte bekleiden ein Amt mit festen Gehältern der Besoldungsordnung B. Aus ihnen ragen 29 Beamte heraus, die über der Besoldungsgruppe B 3 liegen (Stichtag 2.10.1968). Interessant ist, daß hier das viel zitierte Juristenmonopol zum Tragen kommt, diese höchsten Beamten sind fast ausschließlich Juristen.

Von den Angestellten des höheren Dienstes werden fast ein Viertel nach BAT I oder übertariflich bezahlt, gut die Hälfte nach BAT II und ein Fünftel befindet sich in Ausbildung.

Die Hälfte des höheren Dienstes ist unter 40 Jahre alt

Von den 8 666 Beamten und Angestellten des höheren Dienstes des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände sind 4 278 oder die Hälfte unter 40 Jahre alt. Für einen Vergleich der Altersstruktur der einzelnen Berufsgruppen ist es zweckmäßiger, das Personal

in Ausbildung außer acht zu lassen, da diese den Berufsgruppen nicht zugeordnet werden können. Da die meisten in Ausbildung befindlichen Bediensteten unter 30 Jahre alt sind, sinkt der Anteil dieser Altersgruppe von 16,5% auf 6,8%, während die Anteile der anderen Altersgruppen entsprechend steigen. Von den Beamten, Richtern und Angestellten des höheren Dienstes ohne das Personal in Ausbildung waren demnach vier Zehntel unter 40 Jahre alt, ein Viertel zwischen 40 und 50 Jahre, ein Fünftel zwischen 50 und 60 Jahre und ein Achtel über 60 Jahre alt. Betrachtet man die Altersstruktur der am häufigsten vorkommenden Berufsgruppen, so fallen vor allem die Wirtschaftswissenschaftler und die Humanmediziner aus dem Rahmen. Von den Wirtschaftswissenschaftlern (Diplomvolkswirte, -betriebswirte und -kaufleute) sind 45,6% unter 40 Jahre alt und nur 9,5% über 60 Jahre alt und von den Ärzten sind 53,8% unter 40 Jahre alt und nur 5,4% über 60 Jahre alt. Demgegenüber liegt der Anteil der unter 40jährigen sowohl bei den Juristen als auch bei den Diplomingenieuren unter dem Durchschnitt und besonders bei den Juristen mit einem Fünftel bei den über 60jährigen ein gutes Stück über dem Durchschnitt. Für einen jungen Juristen sind also die Aufstiegschancen von der Altersstruktur her recht günstig.

Altersgruppen des höheren Dienstes am 2. Oktober 1968

Berufsgruppe	Anteil der Altersgruppe				
	unter 30	30 bis 40	40 bis 50	50 bis 60	60 und älter
	an der jeweiligen Gesamtzahl in %				
Höherer Dienst zusammen	16,5	32,9	22,3	17,2	11,1
Höherer Dienst ohne Personal in Ausbildung	6,8	34,6	25,8	20,0	12,9
darunter					
Juristen mit 2. Staatsprüfung	2,2	36,6	20,2	20,3	20,6
Wirtschaftswissenschaftler	15,2	30,4	22,2	22,8	9,5
Humanmediziner	9,6	44,2	26,9	13,8	5,4
Diplom-Ingenieure	3,9	32,5	28,4	21,6	13,6
Personal in Ausbildung	76,8	22,5			-

Fast jeder fünfte Bedienstete übt eine Lehrtätigkeit aus

Von den 69 764 hauptberuflich Vollbeschäftigten der öffentlichen Verwaltung sind 13 195 oder beinahe jeder Fünfte im Lehrberuf tätig. Sie stehen fast ausschließlich im Dienste des Landes und sind in der Regel Beamte (12 577). Die meisten von ihnen unterrichten an Volks- und Sonderschulen, nämlich 7 288 oder 55,2%. An Realschulen sind 1 817 oder 13,8% des Lehrpersonals tätig, an Gymnasien 2 352 oder 17,8% und an berufsbildenden Schulen 1 421 oder 10,8%. Die Zahl der Hochschullehrer ist erwartungsgemäß nicht

sehr groß. Es gibt 237 Professoren, Dozenten, Lektoren und Lehrbeauftragte an wissenschaftlichen Hochschulen und 80 an pädagogischen Hochschulen. Sie stellen damit 2,4% aller im Lehrberuf Tätigen.

Wegen der kürzeren Berufsausbildung ist das Durchschnittsalter der Volks- und Realschullehrer niedriger als bei den anderen Lehrberufen. Über ein Drittel der Volksschullehrer ist jünger als 30 Jahre und von den Realschullehrern ist es fast ein Viertel. Die Volksschullehrer prägen wegen ihrer großen Zahl die Gesamtaltersstruktur des Lehrpersonals. Die Hälfte des Lehrpersonals ist

Lehrer und Hochschullehrer nach Altersgruppen am 2. Oktober 1968

Lehrer Hochschullehrer an	Insgesamt		davon im Alter von ... Jahren					
			unter 30	30 bis 40	40 bis 50	50 bis 60	60 und älter	
	Anzahl	%	in %					
Allgemeinbildenden Schulen								
Volks- und Sonderschulen	7 288	55,2	34,3	20,8	24,1	16,4	4,3	
Realschulen	1 817	13,8	23,9	22,6	23,7	22,7	7,2	
Gymnasien	2 352	17,8	7,6	36,8	23,9	18,8	13,0	
Berufsbildenden Schulen¹	1 421	10,8	6,1	29,6	31,5	21,3	11,5	
Hochschulen								
Wissenschaftlichen Hochschulen	237	1,8	—	24,9	33,3	21,1	20,7	
Pädagogischen Hochschulen	80	0,6	5,0	32,5	40,0	10,0	12,5	
Zusammen	13 195	100	24,3	25,0	25,1	18,3	7,4	

1) einschließlich Ingenieurschulen

unter 40 Jahre alt und nur 7,4% über 60 Jahre alt. Erwartungsgemäß sind die jüngeren Jahrgänge bei den Lehrern an Gymnasien, Berufsschulen und vor allem den Hochschulen nur schwach besetzt. Nur 7,6% der Gymnasiallehrer und 6,1% der Berufsschullehrer sind unter 30 Jahre alt. Hochschullehrer an wissenschaftlichen Hochschulen gibt es keine in dieser Altersgruppe, und bei den pädagogischen Hochschulen macht ihr Anteil 5% aus. Entsprechend hoch sind dafür bei diesen Schularten die Anteile der über 50jährigen. Über vier Zehntel der Hochschullehrer und fast ein Drittel der Berufsschullehrer sind über 50 Jahre alt. Wegen der hohen Altersgrenze für die Emeritierung (68 Jahre) ist fast jeder zehnte Professor über 64 Jahre alt.

Über neun Zehntel der Polizeibediensteten sind Beamte

Die Polizeibediensteten sind zwangsläufig fast ausschließlich Beamte, da für die Polizisten die Voraussetzungen für die Berufung in ein Beamtenverhältnis besonders gegeben sind.

Sie nehmen hoheitsrechtliche und Aufgaben zur Sicherung des Staates und des öffentlichen Lebens wahr. Am Stichtag der Erhebung - 2.10.1968 - gab es in Schleswig-Holstein 6 079 Polizeibedienstete. Neun Zehntel von ihnen oder 5 485 sind Beamte und 433 stehen in einem Angestelltenverhältnis. Hinzu kommen noch 161 Arbeiter. Die Mehrzahl von ihnen, nämlich neun Zehntel aller Polizeibediensteten, befindet sich in der Laufbahngruppe des mittleren Dienstes. Polizeibedienstete des höheren und des einfachen Dienstes gibt es nur wenige: 45 und 47. Während es sich im höheren Dienst fast ausschließlich um Beamte handelt, sind im einfachen Dienst so gut wie nur Angestellte anzutreffen. Den gehobenen Dienst, das sind überwiegend sogenannte Oberbeamte, hat jeder zwanzigste Polizeibedienstete erreicht.

Die Altersstruktur der Polizeibediensteten ergibt folgendes Bild: Über drei Zehntel von ihnen sind jünger als 30 Jahre und 55% sind unter 40 Jahre alt. Über 60 Jahre alt sind nur wenige, da die Altersgrenze für Polizeivollzugsbeamte bei 60 Jahren liegt.

Polizeibedienstete nach Laufbahn- und Altersgruppen am 2. Oktober 1968

Laufbahngruppe	Insgesamt		davon im Alter von ... Jahren				
			unter 30	30 bis 40	40 bis 50	50 bis 60	60 und älter
	Anzahl	%	in %				
Beamte und Angestellte	5 918	97,4	31,5	24,1	21,3	22,1	0,9
darunter							
höherer Dienst	45	0,7	—	4,4	35,6	57,8	2,2
gehobener Dienst	327	5,4	15,9	24,8	29,4	25,4	4,6
mittlerer Dienst	5 483	90,2	32,5	24,4	20,7	21,7	0,7
Arbeiter	161	2,6	14,3	16,1	18,6	34,2	16,8
Polizeibedienstete insgesamt	6 079	100	31,1	23,9	21,2	22,5	1,3

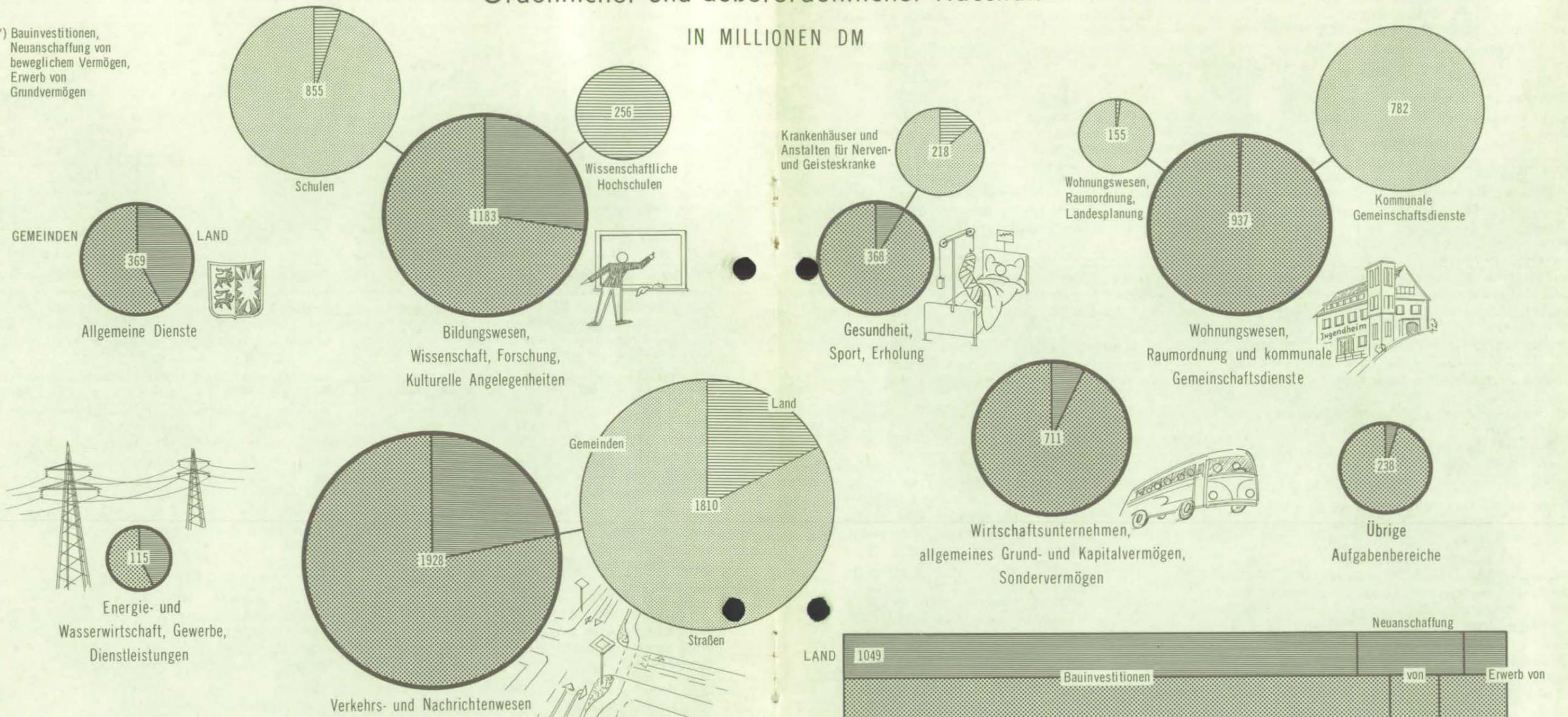
Walter Dahms

Sachinvestitionen* des Landes und der Gemeinden/Gem.-verbände 1961 bis 1970

Ordentlicher und außerordentlicher Haushalt

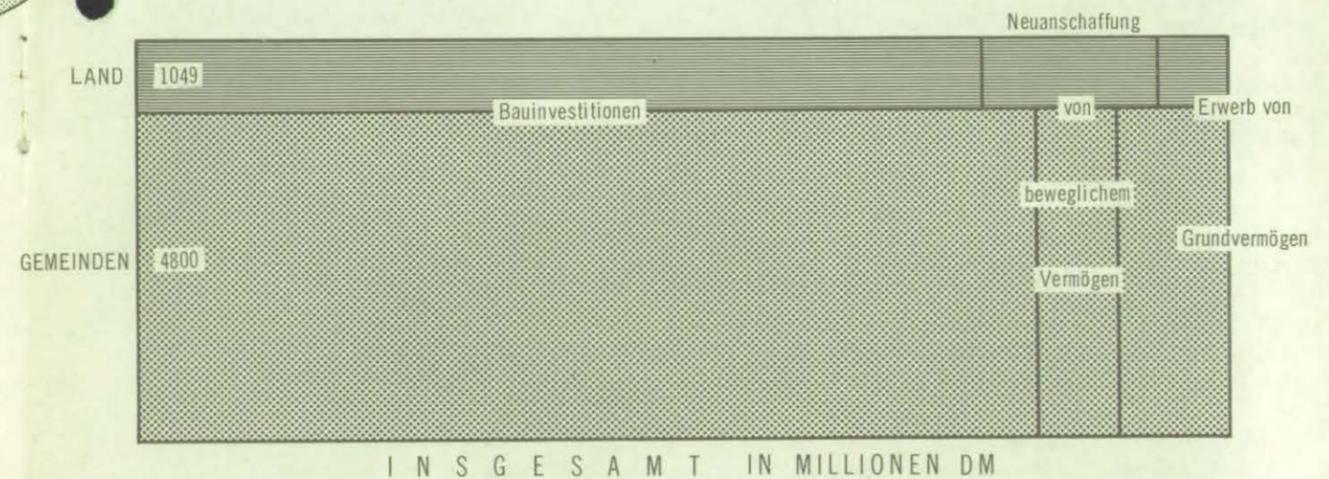
IN MILLIONEN DM

*) Bauinvestitionen, Neuanschaffung von beweglichem Vermögen, Erwerb von Grundvermögen



Seit 1961 zeichnet sich eine verstärkte Investitionstätigkeit in den öffentlichen Haushalten Schleswig-Holsteins ab. 5,8 Mrd. DM wurden in zehn Jahren für unmittelbare Sachinvestitionen aufgewendet. 82% davon haben die Gemeinden und Gemeindeverbände ausgegeben, reichlich ein Sechstel das Land. Von dem Gesamtbetrag der Investitionen entfallen 4,8 Mrd. DM oder 81% auf Neubauten (einschließlich Um- und Erweiterungsbauten sowie werterhöhende Instandsetzungen). In engem Zusammenhang mit den Bauausgaben stehen vielfach die sonstigen Sachinvestitionen,

nämlich die Neuanschaffung von beweglichem Vermögen (519 Mill. DM) und der Erwerb von Grundvermögen (568 Mill. DM). Mit einem Anteil von fast einem Drittel konzentriert sich die Investitionstätigkeit der öffentlichen Haushalte eindeutig auf das Verkehrswesen. 94% dieser Ausgaben wurden für den Straßenbau verwendet. Es folgen der Aufgabenbereich Bildungswesen, Wissenschaft und Forschung mit 20% und die öffentlichen Einrichtungen (Gemeinschaftsdienste u. a.) der kommunalen Gebietskörperschaften mit 16%.



Die Verkehrsentwicklung auf dem Nord-Ostsee-Kanal im Jahre 1971

Bevor auf die Entwicklung des Schiffs- und Güterverkehrs auf dem Nord-Ostsee-Kanal eingegangen wird, sollte die Situation in der Seeschifffahrt kurz skizziert werden, da die unbefriedigenden Verkehrsergebnisse des Jahres 1971 im wesentlichen auf die schwerwiegenden Rezessionserscheinungen in der Schifffahrt zurückgeführt werden können.

Im Herbst 1970 begann sich die Hochkonjunktur in fast allen europäischen Ländern abzuschwächen. Dieser spürbare Verlangsamungsprozeß wurde durch konjunkturdämpfende Maßnahmen, die von Land zu Land verschieden waren, verursacht. Da die meisten europäischen Länder im Weltvergleich eine ungewöhnlich starke Außenhandelsabhängigkeit aufweisen, hat die nachlassende Konjunktur eine deutliche Einengung der mengenmäßigen Außenhandelsströme hervorgerufen. Die einsetzende Rezession auf den internationalen Gütermärkten hat sich auf die Tramp- und Tankfahrtmärkte fortgepflanzt, da die Nachfrage nach Seetransporten von der Situation auf den internationalen Gütermärkten abhängig ist. Aufgrund des mangelnden Ladungsaufkommens haben die Frachtraten ein Niveau erreicht, das manche Reederei dazu zwingt, ihre Schiffe aufzulegen, weil die Betriebskosten durch die Frachtraten nicht mehr gedeckt werden.

Der weltweite Zerfall der währungspolitischen Solidarität brachte erhebliche Unsicherheiten auf den Frachtenmärkten mit sich, wodurch die konjunkturell bedingten Rezessionstendenzen noch verstärkt wurden. Es bleibt zu hoffen, daß sich die Tramp- und Tankfahrtmärkte aufgrund der währungspolitischen Beschlüsse im Dezember letzten Jahres wieder etwas beleben werden, nachdem die verladende Wirtschaft wieder eine solide Kalkulationsbasis für ihre Außenhandelsgeschäfte erhalten hat.

Die wirtschaftliche Lage der deutschen Seeschifffahrt, die unter den auf dem Nord-Ostsee-Kanal verkehrenden Flaggen eine beherrschende Stellung einnimmt, ist im letzten Jahr durch sinkende Erträge und steigende Kosten gekennzeichnet gewesen. Diese für jeden Betrieb alarmierende Situation ist durch mehrere Faktoren verursacht worden.

Die gegenwärtige Ertragskrise der deutschen Seeschifffahrt ist vor allem durch die rückläufige Konjunktur und durch die Währungskrise des Jahres 1971 hervorgerufen worden. Durch die Aufwertung der DM hat sich die

Ertragslage der Schifffahrt verschlechtert, da die Schifffahrt für ihre geleisteten Transporte einen geringeren DM-Gegenwert erhält, weil die meisten Frachtraten in ausländischer Währung fixiert sind. Aufgrund des schwachen Rateniveaus auf den Tramp- und Tankfahrtmärkten konnten die Aufwertungsverluste nicht durch steigende Einnahmen aus den Transportleistungen aufgefangen werden, so daß sich die beträchtliche Aufwertung der DM auf die Erträge voll auswirkte.

Die Ergebnisrechnung der Reedereien wird weiterhin dadurch beeinträchtigt, daß sich die Kostenbelastung für die deutschen Handelsschiffe gegenüber 1970 beträchtlich erhöht hat. Von den Steigerungen sind fast alle Schiffskosten erfaßt worden, wobei die Schiffsbetriebskosten am stärksten gestiegen sind. Die Reederei-Überschüsse sind derart gering, daß die Verzinsung und Abschreibung des investierten Kapitals nicht mehr eingefahren werden können. Diese Situation muß man sich vergegenwärtigen, wenn man die Entwicklung des Schiffs- und Güterverkehrs auf dem Nord-Ostsee-Kanal betrachtet.

Gesamtverkehr

Im Berichtsjahr 1971 verkehrten auf dem Nord-Ostsee-Kanal insgesamt 73 357 (1970: 75 241) Schiffe, wobei die Sport- und sonstigen Fahrzeuge nicht berücksichtigt sind. Die Anzahl der Sport- und sonstigen Fahrzeuge belief sich auf 7 368 (6 637) Einheiten. Der zugehörige Schiffsraum - Sport- und sonstige Fahrzeuge ausgenommen - betrug ungefähr 77,2 (81,9) Mill. BRT, davon entfielen 67,8 (72,5) Mill. BRT auf den Transitverkehr und 9,3 (9,4) Mill. BRT auf den Teilstrecken-

Der Verkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal in den Jahren 1970/71
ohne Sport- und sonstige Fahrzeuge ohne Tonnageangabe

		Schiffszahl	BRT	Ladung in t
Gesamtverkehr	1970	75 241	81 929 143	58 122 450
	1971	73 357	77 220 698	52 921 028
Veränderung absolut		- 1 884	- 4 708 445	- 5 201 422
	in %	- 2,5	- 5,7	- 8,9
Transitverkehr	1970	57 857	72 506 860	52 482 916
	1971	57 379	67 824 124	47 513 196
Veränderung absolut		- 478	- 4 682 736	- 4 969 720
	in %	- 0,8	- 6,5	- 9,5
Teilstreckenverkehr	1970	17 384	9 422 283	5 639 534
	1971	15 978	9 396 574	5 407 832
Veränderung absolut		- 1 406	- 25 709	- 231 702
	in %	- 8,1	- 0,3	- 4,1

verkehr. Der im Vergleich zur Schiffsanzahl relativ starke Rückgang beim Schiffsraum von 4,7 Mill. BRT, der einem prozentualen Rückgang von 5,7% entspricht, ist vor allem auf die beträchtlichen Verkehrseinbußen in den Größenklassen über 10 000 BRT zurückzuführen, deren Ursachen im Abschnitt über den Transitverkehr erörtert werden sollen.

Wenn die Verkehrsergebnisse des Berichtsjahres mit denen des Vorjahres verglichen werden, so darf die Tatsache nicht unerwähnt bleiben, daß das Jahr 1970 in bezug auf den Schiffsraum mit einem Rekordergebnis abgeschlossen hatte, das nur noch von dem Verkehrsergebnis des Jahres 1962 mit 82 Mill. BRT leicht übertroffen worden ist.

Der beträchtliche Rückgang im Güterverkehr von 5,2 Mill. t ist ein deutliches Indiz für das mangelnde Ladungsaufkommen auf den Tramp- und Tankfahrtmärkten. Der Güterverkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal ist von der nachlassenden Konjunktur auf den Frachtmärkten besonders schwer in Mitleidenschaft gezogen worden, denn ungefähr 70% der am Kanalverkehr beteiligten Schiffe sind Trampschiffe. Daß das Ladungsaufkommen für die im Nord-Ostseeraum tätige Schifffahrt im Berichtsjahr zu gering gewesen ist, läßt sich auch anhand der steigenden Anzahl der Ballastschiffe aufzeigen. Der Anteil der Leerschiffe am Transitverkehr ist von 18% im Jahre 1970 auf 22% im Jahre 1971 aufgestiegen. Das bedeutet, daß jedes fünfte Schiff leer durch den Kanal gefahren ist. Außer den Ballastschiffen müßten noch diejenigen Schiffe berücksichtigt werden, die den Kanal nur in Teilladung passiert haben, um einen vollständigen Eindruck von den Rezessionserscheinungen in der Seeschifffahrt zu bekommen.

Transitverkehr

Im Berichtsjahr 1971 passierten insgesamt 57 379 (57 857) Schiffe den Nord-Ostsee-Kanal. Während die Anzahl der Schiffe um 0,8% zurückgegangen ist, hat der zugehörige Schiffsraum um 6,5% abgenommen. Der wesentlich stärkere Rückgang beim Schiffsraum deutet darauf hin, daß die Verkehrseinbußen hauptsächlich in den mittleren und oberen Größenklassen zu suchen sind.

Diese Vermutung läßt sich anhand der Verkehrsergebnisse in den einzelnen Größenklassen bestätigen. Im Bereich der Küstenschifffahrt, das heißt, in den Größenklassen bis 1 000 BRT, ist sogar ein leichter Verkehrsanstieg zu verzeichnen. In diesen Größenklassen sind sowohl die Schiffsanzahl als auch der zugehörige Schiffsraum gestiegen, und zwar ist die Schiffsanzahl von 40 104

Einheiten im Jahr 1970 auf 40 588 Einheiten im Jahre 1971 angestiegen. Die entsprechenden Werte für den Schiffsraum liegen bei 16,3 Mill. BRT und 16,8 Mill. BRT. Die positive Verkehrsentwicklung im Bereich der Küstenschifffahrt ist durch den milden Winter 1970/71 verursacht worden. Aufgrund des milden Winters konnte die im Nord-Ostseeraum tätige Küstenschifffahrt in Fahrt bleiben, wogegen die Küstenschifffahrt im vorausgegangenen Winter 1969/70 durch Eisbildung stark behindert war, so daß sie in andere Seegebiete ausweichen mußte.

In den anderen Größenklassen ist es durchweg zu Verkehrseinbußen gekommen. In den Größenklassen 1 000 bis 6 000 BRT und 6 000 bis 10 000 BRT ist die Anzahl der Schiffe um ungefähr 4% zurückgegangen. Der stärkste Rückgang ist in der Größenklasse über 10 000 BRT zu verzeichnen, und zwar ist in dieser Größenklasse die Anzahl der Schiffe um 27% gesunken. Dieser beträchtliche Rückgang ist mit einer Tonnageeinbuße von 3,3 Mill. BRT verbunden gewesen.

Die Tatsache, daß besonders der Schiffsverkehr in den oberen Größenklassen in Mitleidenschaft gezogen worden ist, dürfte im wesentlichen auf zwei Ursachen zurückzuführen sein. Aufgrund der schwierigen Eisverhältnisse im Öresund und Großen Belt im Winter 1970 benutzten die größeren Schiffe vielfach den Weg durch den Nord-Ostsee-Kanal anstelle des Skagenweges, wovon der Schiffs- und Güterverkehr des Kanals erheblich profitierte. Diese für den Kanalverkehr günstige Situation war im Winter 1971 nicht gegeben, da die Seeschifffahrt im Nord-Ostseeraum durch Eisbildungen nicht behindert wurde. Neben dieser witterungsbedingten Ursache muß noch der Ausfall des 13 194 BRT großen Tankers "Bomin" berücksichtigt werden, der am 25. 2. 1971 mit dem DDR-Frachter "Aue" in der Kieler Förde kollidierte und erst am 14. 8. 1971 den Nord-Ostsee-Kanal wieder passierte. Der Tanker "Bomin" der regelmäßig Rohöl von Windau (Ventspils) nach Wilhelmshaven transportiert, kam im Vergleichsjahr auf 114 Fahrten durch den Kanal, davon die Hälfte beladen. Aufgrund der Kollision konnte der Tanker "Bomin" im Berichtsjahr nur noch 32 Reisen durchführen. Stellt man den teilweisen Ausfall der "Bomin" mit 82 Reisen in Rechnung, so brachte der Ausfall des Tankers für die Verkehrsbilanz des Kanals einen Verlust beim Schiffsraum von 1,08 Mill. BRT und beim Güteraufkommen von 0,82 Mill. t Rohöl mit sich.

Die Größenstruktur der Handelsfahrzeuge, die den Nord-Ostsee-Kanal im Transitverkehr passieren, ist dadurch gekennzeichnet, daß

Transitverkehr der Handelsfahrzeuge nach Größenklassen 1971

Größenklasse in BRT		Ins- gesamt	davon		
			BRD	DDR	Ausland
bis 500	Schiffe	36 981	27 856	927	8 198
	1 000 BRT	13 757	10 088	304	3 365
501 - 1 000	Schiffe	3 607	1 902	612	1 093
	1 000 BRT	3 055	1 788	378	889
1 001 - 2 500	Schiffe	7 990	1 337	118	6 535
	1 000 BRT	12 675	2 098	199	10 379
2 501 - 6 000	Schiffe	3 590	358	145	3 087
	1 000 BRT	13 389	1 428	570	11 391
6 001 - 8 000	Schiffe	766	44	29	693
	1 000 BRT	5 318	305	209	4 804
8 001 - 10 000	Schiffe	933	88	39	806
	1 000 BRT	8 389	815	347	7 227
über 10 000	Schiffe	729	71	2	656
	1 000 BRT	9 655	955	34	8 665
Insgesamt	Schiffe	54 596	31 656	1 872	21 068
	1 000 BRT	66 238	17 477	2 040	46 720

ein beachtlicher Verkehrsanteil auf die Küstenschiffahrt entfällt, worin sich die Bedeutung der Küstenschiffahrt für den europäischen Seeverkehr widerspiegelt. Im Jahre 1971 passierten insgesamt 54 596 Handelsfahrzeuge den Nord-Ostsee-Kanal, davon entfielen 40 588 Fahrzeuge auf die Größenklassen bis 1 000 BRT, was einem Anteil von ungefähr 75% entspricht. An den Ladungsaufkommen im Transitverkehr waren die beiden Küstenschiffsgruppen mit 37% beteiligt. Innerhalb der Küstenschiffahrt nimmt die Flagge der Bundesrepublik Deutschland eine dominierende Stellung ein. Von den 40 588 Küstenschiffen führten 29 758 Fahrzeuge die Flagge der BRD, was einem Verkehrsanteil von 73% entspricht. Die Küstenschiffahrt hat im Jahre 1971 insgesamt 17,6 Mill. t durch den Kanal befördert, davon entfielen 13,1 Mill. t auf die deutschen Küstenmotorschiffe. Mit dieser Transportmenge kam die Küstenschiffahrt der BRD auf einen Ladungsanteil von ungefähr 75%.

Die bedeutenden Verkehrs- und Ladungsanteile der Küstenschiffahrt am gesamten Transitverkehr des Kanals stellen eindeutig unter Beweis, daß die im europäischen Seeverkehr tätige Küstenschiffahrt den Kanal als sicheren und leistungsfähigen Transportweg zwischen Nord- und Ostsee ansieht. Die Bedeutung, die die europäische Küstenschiffahrt im Rahmen des Kanalverkehrs einnimmt, wird auch in absehbarer Zukunft anhalten, zumal man sich vor Augen halten muß, daß die europäische Küstenschiffahrt schon heute 60 bis 65 Mill. t Trockengüter (ausschließlich Erzladungen) nach Schätzungen des VdK transportiert. Dieses gewaltige Transportvolumen wird sich in Zukunft sicherlich vergrößern. Für diese optimistische Prognose sprechen mehrere Gründe. Aufgrund der

bisherigen Entwicklung kann man erwarten, daß das Ladungsaufkommen im europäischen Seeverkehrsraum weiterhin wachsen wird. Die gegenwärtige Rezession auf dem Seeverkehrsmarkt stellt nur eine vorübergehende Unterbrechung dieses Wachstumsprozesses dar. Die Erweiterung der EWG um Großbritannien, Norwegen, Dänemark und Irland und ein entspannteres Verhältnis zwischen Ost und West wird dem europäischen Seeverkehr weitere Wachstumsimpulse verleihen. Da zukünftig mit einer verstärkten Konzentration des Seegüterverkehrs gerechnet werden kann, kommt dem Zubringer- und Verteilerverkehr im europäischen Seeverkehrsraum mit seinen zahlreichen mittleren und kleinen Häfen eine erhöhte Bedeutung zu. Für diesen großräumigen Flächenverkehr ist das Küstenmotorschiff das geeignete Transportmittel.

Für den Nord-Ostsee-Kanal ist die Küstenschiffahrt noch in anderer Hinsicht von Bedeutung. Die wachsenden Schiffsgrößen haben sich auf die Verkehrsentwicklung des Nord-Ostsee-Kanals negativ ausgewirkt, da nur Schiffe mit einem Tiefgang bis zu 9,5 m den Kanal passieren können. Die Größenentwicklung in der Seeschiffahrt hat den Kanalverkehr nicht so stark beeinträchtigt wie den Verkehr auf den anderen Weltseekanälen, weil im Kanalverkehr die Küstenschiffahrt vorherrscht und somit für die Existenz des Nord-Ostsee-Kanals einen stabilisierenden Faktor darstellt.

Im Transitverkehr sind insgesamt 47,5 (1970: 52,5) Mill. t befördert worden, davon entfielen 28,6 (31,2) Mill. t auf die Ost-West-Richtung und 18,9 (21,3) Mill. t auf die West-Ost-Richtung. Der relativ starke Rückgang des Güterverkehrs verteilt sich ziemlich gleichmäßig auf die beiden Verkehrsrichtungen. Bis auf die Gütergruppe Eisen- und Stahlwaren ist bei allen Gütergruppen ein mehr oder minder starker Rückgang zu verzeichnen. Es ist erfreulich festzustellen, daß der Stückgutverkehr nicht so stark zurückgegangen ist wie der Massengutverkehr.

Von dem allgemeinen Verkehrsrückgang ist die Gütergruppe Erdöl und Derivate am stärksten betroffen worden, was zum Teil durch den zeitweiligen Ausfall des Tankers "Bofin" verursacht worden ist. Die Hauptursache für den rückläufigen Ölverkehr ist auf dem skandinavischen Brennstoffmarkt zu suchen, auf dem die Nachfrage nach flüssigen Brennstoffen enorm angestiegen ist, während die Nachfrage nach festen Brennstoffen abgenommen hat. An dem umfangreichen Ölverkehr ist der Nord-Ostsee-Kanal nur noch mit einem geringen Anteil beteiligt, weil der heimische Markt jetzt im überwiegenden Maße von den eigenen Raffinerien

Güterstruktur des Transitverkehrs nach Größenklassen 1971

Größenklasse in BRT		Beförderte Gütermenge						
		insgesamt	davon					
			Stückgut	Holz	Kohle	Öl	Erz	Sonstige
bis 500	1 000 t	14 956	3 730	3 367	490	464	71	6 834
	%	31,5	22,2	66,5	7,9	17,3	3,2	47,2
501 - 1 000	1 000 t	2 669	1 065	351	235	185	22	811
	%	5,6	6,3	6,9	3,8	6,9	1,0	5,6
1 001 - 2 500	1 000 t	9 041	4 582	728	849	368	182	2 332
	%	19,0	27,3	14,4	13,6	13,7	8,1	16,1
2 501 - 6 000	1 000 t	8 310	3 795	384	1 665	227	505	1 734
	%	17,5	22,6	7,6	26,8	8,5	22,4	12,0
6 001 - 8 000	1 000 t	3 634	1 480	2	941	-	312	899
	%	7,6	8,8	0,0	15,1	-	13,9	6,2
8 001 - 10 000	1 000 t	4 781	1 535	230	897	71	699	1 349
	%	10,1	9,1	4,6	14,4	2,6	31,1	9,3
über 10 000	1 000 t	4 122	627	-	1 144	1 370	458	524
	%	8,7	3,7	-	18,4	51,0	20,3	3,6
Insgesamt	1 000 t	47 513	16 814	5 062	6 221	2 685	2 248	14 483
	%	100	100	100	100	100	100	100

versorgt wird. In der ersten Nachkriegszeit haben die westeuropäischen Raffinerien den skandinavischen Markt beliefert. An diesen Öltransporten konnte der Nord-Ostsee-Kanal einen beachtlichen Ladungsanteil verbuchen.

Das für die Produktion benötigte Rohöl können die skandinavischen Raffinerien nicht durch den Kanal importieren, da die zum Einsatz kommenden Tanker aufgrund ihres Tiefgangs den Kanal nicht passieren können. Außerdem können die skandinavischen Länder im Rahmen des internen Ostseeverkehrs Erdöl und Derivate beziehen, nachdem die Sowjetunion die beiden Häfen Windau (Ventspils) und Memel (Klaipeda) für den Erdölexport ausgebaut und den Hafen Windau an die COMECON-Pipeline "Freundschaft" angeschlossen hat.

Obwohl im Vergleich zum Vorjahr 0,8 Mill. t Kohlen weniger durch den Nord-Ostsee-Kanal befördert worden sind, konnte der Kohlenverkehr seine Spitzenposition unter den Massengütern behaupten. Im Rahmen der polnischen Kohlenexporte nach Westeuropa hat die belgische Reederei Exmar einen Verkehr mit Schubverbänden aufgezo-gen, der in diesen Monatsheften im April 1971 näher beschrieben worden ist. Wie aus Presseberichten zu erfahren ist, wird die französische Reederei Union Navale einen ähnlichen Schubleichterverkehr zwischen der Volksrepublik Polen und Frankreich noch in diesem Jahr aufnehmen. Während die belgischen Seeleichter eine Ladungskapazität von je 13 600 tdw haben, wird der französische Seeleichter mit einer Ladungskapazität von 20 000 tdw ausgestattet sein. Der Schubleichterverkehr ist für den Schiffs- und

Güterverkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal insofern vorteilhaft, als die Schubverbände aufgrund ihrer Konstruktion immer den Weg durch den Kanal wählen werden.

Der Holzverkehr konnte im Berichtsjahr seinen zweiten Platz unter den Massengütern behaupten, obwohl im Vergleich zum Vorjahr 0,5 Mill. t weniger Holz durch den Kanal transportiert worden sind. Wie aus der Tabelle über die Güterstruktur des Transitverkehrs nach Größenklassen zu ersehen ist, werden ungefähr 73% des Holzverkehrs von der Küstenschifffahrt bewältigt. Dieser hohe Ladungsanteil stellt eindeutig unter Beweis, daß die Küstenmotorschiffe für den großräumigen Flächenverkehr - der Holzverkehr berührt eine große Anzahl von kleinen und mittleren Häfen - die geeigneten Transportmittel sind. Für die Zukunft kann man damit rechnen, daß sich der Export von Holz- und Holzprodukten aufgrund von Kostenersparnissen auf eine bestimmte Anzahl von Häfen konzentrieren wird.

Diese Konzentration des Güterverkehrs ist schon von der Svenska Cellulosa A. B. (SCA) realisiert worden, indem sie im Holzverkehr zwischen Schweden und Westeuropa ein neuartiges Transportsystem eingeführt hat. Die SCA, die hauptsächlich Zellulose, Papier, Schnittholz und Faserplatten herstellt, exportiert annähernd 60% ihrer Produktion nach Westeuropa. Diese Produkte wurden früher über mehr als 25 schwedische Häfen verschifft und in mehr als 100 europäischen Häfen gelöscht. Das neue Transportsystem kennt nur noch zwei Verladeterminale in Tunadal (Sundsvall) und in Holmsund (Umeå), während

in Westeuropa insgesamt vier Entladeterminals bestehen: Hamburg, Rotterdam, Antwerpen und London. Im Verkehr zwischen diesen Terminals sind drei spezielle Holztransporter eingesetzt, die eine Reisegeschwindigkeit von 15,5 kn und eine Ladekapazität von 8 500 t besitzen. Da diese Spezialschiffe nur zwischen diesen Terminals verkehren, kommt jedes dieser Schiffe mindestens auf 72 Reisen pro Jahr, wovon die Hälfte im beladenen Zustand durchgeführt wird. Die Holztransporter passieren in der Regel vollbeladen den Nord-Ostsee-Kanal, während sie auf der leeren Rückreise in der Regel den Weg um Skagen wählen. Die Konzentration der seewärtigen Holzexporte auf eine geringe Anzahl von Relationen versetzt die SCA in die Lage, den Umschlagsprozeß in den Terminals vollständig zu mechanisieren und für den Holztransport Spezialschiffe einzusetzen, was mit enormen Kostenersparnissen verbunden ist. Die Kostenersparnisse des neuen Transportsystems sind so groß, daß der Nachteil der zwangsläufigen Ballastfahrten überkompensiert wird.

Die drei Holztransporter der SCA, die jährlich auf ungefähr 150 Passagen durch den Nord-Ostsee-Kanal kommen, transportieren schätzungsweise mehr als 1 Mill. t Holz und Holzprodukte pro Jahr von Schweden nach Westeuropa. Diese bedeutende Transportleistung schlägt sich in der Tabelle nicht direkt nieder, da die Güterart "Zellulose" nicht extra aufgeführt ist und Papier, Pappe und Faserplatten in der NOK-Statistik als Stückgüter angesehen werden.

Teilstreckenverkehr

Im Berichtsjahr 1971 befuhren insgesamt 15 978 (17 384) Schiffe den Nord-Ostsee-Kanal im Teilstreckenverkehr, darunter befanden sich 8 991 (8 956) Tanker. Die Flaggenkala im Teilstreckenverkehr führte die Bundesrepublik Deutschland mit 64,5% (65,4%) am Bruttoreum an. Es folgten Liberia mit 8,0% (5,2%), Norwegen mit 6,8% (7,3%) und Großbritannien und Nordirland mit 6,0% (4,9%).

Die rückläufige Tendenz im Teilstreckenverkehr, die im Jahre 1970 einsetzte, hat sich in diesem Jahr fortgesetzt, wobei bemerkt werden muß, daß die gegenwärtige Rezession in der Schifffahrt die negativen Auswirkungen der Verlagerung des Güterumschlages vom Kanalhafen Brunsbüttel zum Elbehafen auf den Teilstreckenverkehr verstärkt hat. Es bleibt abzuwarten, auf welche Höhe sich der Güterumschlag im Kanalhafen Brunsbüttel einpendeln wird.

Wie aus der nachstehenden Tabelle zu ersehen ist, zeigt der Güterverkehr im Elbehafen

Güterverkehr im Ölhafen Brunsbüttel und im Elbehafen
1966 bis 1971
1 000 t

Jahr	Ölhafen Brunsbüttel	Elbehafen
1966	3 524	—
1967	3 828	864 ^a
1968	2 636	1 530
1969	2 355	2 048 ^b
1970	1 877	2 646 ^b
1971	1 744	2 687 ^b

a) 1. 7. — 31. 12.

b) einschließlich Trockengutumschlag

seit seiner Inbetriebnahme am 1. 7. 1967 einen ständig steigenden Verlauf, und zwar von 0,86 Mill. t im Jahre 1967 auf 2,69 Mill. t im Jahre 1971. In der gleichen Zeit hat sich der Güterverkehr im Ölhafen Brunsbüttel ständig verringert. Im Elbehafen werden seit 1969 auch Trockengüter umgeschlagen. Sie machen gegenwärtig ungefähr 12% des gesamten Güterumschlages aus. Bei diesen Trockengütern handelt es sich vorwiegend um Rohphosphat, das die Kali-Chemie AG über den Elbehafen bezieht.

Ausblick

Obwohl die internationale Währungskrise im Dezember letzten Jahres beigelegt worden ist, haben sich Frachtraten auf den Tramp- und Tankfahrtmärkten noch nicht wieder soweit erholt, daß die Schiffe in der Gewinnzone fahren. Falls sich die Lage in der Schifffahrt in absehbarer Zeit nicht ändert, muß mehr Tonnage aus dem Markt genommen werden, um das vorhandene Überangebot an Tonnage abzubauen. Die gegenwärtige Anzahl der aufgelegten Schiffe entspricht nicht der Angebots- und Nachfragekonstellation auf den Seeverkehrsmärkten.

Die Beendigung des Bergarbeiterstreiks in Großbritannien hat dem europäischen Seeverkehr kurzfristig ein größeres Ladungsaufkommen in Richtung Großbritannien beschert; eine durchgreifende Verbesserung der gegenwärtigen Ratensituation ist jedoch nicht zu erwarten. Die im europäischen Seeverkehr tätige Schifffahrt setzt ihre ganzen Hoffnungen auf das Jahr 1973, wenn die EWG um Großbritannien, Irland, Dänemark und Norwegen erweitert wird; da die neuen Mitgliedsstaaten aufgrund ihrer geographischen Lage den größten Teil ihres Außenhandels über die nasse Grenze abwickeln.

Am 1. Januar 1973 wird in Europa ein Markt von fast 200 Millionen Menschen entstehen, der bis Mitte 1977 seine Binnenzölle nach einem festen Plan abbaut und bis dahin einen gemeinsamen EWG-Außenzolltarif eingeführt

haben wird. Die EWG der Zehn ist der größte Handelsblock der Welt, denn mehr als 40% des gesamten Welthandels entfallen auf diese zehn Mitgliedsstaaten. Da der Warenverkehr zwischen den zehn Mitgliedsstaaten in zunehmendem Maße Binnenhandelscharakter annehmen wird, kann man davon ausgehen, daß dem europäischen Seeverkehr neue Ladungsmengen zugeführt werden. In welchem Umfange der Nord-Ostsee-Kanal von der erweiterten EWG profitieren wird, läßt sich mit Sicherheit nicht sagen, da abgewartet werden muß, wie sich der Verkehrszuwachs auf den internen und externen Ostseeverkehr verteilt. Nur der externe Ostseeverkehr stellt für den Nord-Ostsee-Kanal potentiellen Verkehr dar.

Unter externem Ostseeverkehr ist derjenige Verkehr zu verstehen, den die Ostseehäfen mit außerhalb des Ostseeraums liegenden Häfen abwickeln. Die aus dem Ostseeraum kommende Schifffahrt kann auf ihrem Wege in die Nordsee den Großen Belt, den Öresund und den Nord-Ostsee-Kanal benutzen. Der Kleine Belt braucht in diesem Rahmen nicht betrachtet zu werden, da seine Bedeutung vorwiegend im innerdänischen Verkehr zu suchen ist. Wie aus der Entwicklung des Schiffsverkehrs in den Ostseeausgängen zu ersehen ist, liegt der Anteil des Nord-Ostsee-Kanals am externen Ostseeverkehr gegenwärtig bei annähernd 48%, womit die Bedeutung des Kanals für die im Nord-Ostseeraum tätige Schifffahrt deutlich wird. Dieser beträchtliche Anteil darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Anteil des

Entwicklung des Schiffsverkehrs in den Ostseeausgängen
1963 bis 1970
1963 = 100

Jahr	Durchgangsverkehr NOK		Öresund		Großer Belt	
	Anzahl	Index	Anzahl	Index	Anzahl	Index
1963 ^{a)}	52 525	100	27 437	100	16 290	100
1964	64 523	123	29 302	107	24 292	149
1965	63 829	122	30 145	110	21 874	134
1966	61 354	117	32 560	119	21 460	132
1967	62 271	119	30 591	111	21 270	131
1968	62 903	120	31 724	116	23 651	145
1969	61 935	118	33 442	122	28 874	177
1970	57 857	110	32 958	120	30 702	188

a) 1963 Eiswinter

Kanals rückläufig ist; während die Anteile des Großen Beltes und des Öresundes eine steigende Tendenz aufweisen. Besonders hervorzuheben ist der überaus starke Anstieg der Schiffspassagen im Großen Belt. Die zunehmende Bedeutung der natürlichen Ostseeausgänge dürften im wesentlichen auf die Strukturwandlungen der Schiffstonnage - steigende Schiffsgrößen und Schiffsgeschwindigkeiten - zurückzuführen sein. Bei den vorliegenden Verkehrsstatistiken darf zugunsten des Nord-Ostsee-Kanals die Tatsache nicht unerwähnt bleiben, daß die Angaben über die Anzahl der Schiffspassagen im Großen Belt und im Öresund auf optischen Beobachtungen beruhen.

Dr. Horst Mühl

Vergleiche auch: "Der Verkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal in den Jahren 1969 und 1970" in dieser Zeitschrift, S. 82 (April)

Die Einkünfte der freiberuflich Tätigen im Jahre 1968

Wie bei den vorhergegangenen Erhebungen sind auch im Rahmen der Einkommensteuerstatistik 1968 wieder besondere Ergebnisse für die wichtigsten freien Berufe zusammengestellt worden. Die Angaben wecken erhöhtes Interesse, da sie nunmehr die einzigen aus der amtlichen Statistik sind, die über die wirtschaftliche Entwicklung speziell dieser Berufsgruppen etwas aussagen. Eine Darstellung der Umsätze der freiberuflich Tätigen aus der Umsatzsteuerstatistik ist nämlich seit 1968 nicht mehr möglich.

Ihren besonderen sozialen Akzent erhält die Sonderaufbereitung dadurch, daß die Einkünfte aus selbständiger Arbeit im Durchschnitt we-

sentlich höher sind als aus allen anderen Einkunftsarten. Sie beliefen sich je Steuerpflichtigen (bei Überwiegen gegenüber anderen Einkunftsarten¹⁾) im Jahre 1968 auf 52 879 DM; wenn man nur die in der Tabelle ausgewählten Berufsgruppen zugrunde legt, sind es sogar 62 101 DM. Die anderen Einkunftsarten nehmen sich demgegenüber recht bescheiden aus. So betragen bei Überwiegen der jeweiligen Einkunftsart je Steuerpflichtigen im Jahre 1968 die

¹⁾ Die Einkünfte aus selbständiger Arbeit werden als überwiegend bezeichnet, wenn sie größer sind als die jeweiligen Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und nichtselbständiger Arbeit. Die Einkünfte aus Kapitalvermögen und Vermietung und Verpachtung sowie die sonstigen Einkünfte bleiben also außer Betracht

Einkünfte und ihre Veränderung gegenüber 1965:

1. Aus Land- und Forstwirtschaft	18 016 DM	+ 45,5 %
2. Aus Gewerbebetrieb	27 271 DM	+ 1,3 %
3. Aus selbständiger Arbeit	52 879 DM	+ 28,1 %
4. Aus nichtselbständiger Arbeit (nur bei veranlagten Lohnsteuerpflichtigen)	18 862 DM	+ 18,9 %
5. Aus Kapitalvermögen	15 805 DM	+ 0,0 %
6. Aus Vermietung und Verpachtung	11 418 DM	+ 24,7 %
7. Aus sonstigen Einkünften	5 688 DM	- 10,3 %

Die freiberuflich Tätigen erzielten aber nicht nur die höchsten Einkünfte; auch die Zuwachsrate der Einkünfte ist mit + 28 % gegenüber 1965 größer als in allen anderen Einkunftsarten, wenn man von der Sonderbewegung der Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft absieht. Die Einkünfte aus Gewerbebetrieb sind im gleichen Zeitraum dagegen nur um 1,3 % gestiegen, was auf die damals ungünstige wirtschaftliche Entwicklung zurückgeht. Offenbar unterliegen die Einkünfte aus selbständiger Arbeit zu einem erheblichen Teil (speziell bei den Ärzten und Zahnärzten) nicht den konjunkturellen Einflüssen, wie dies bei anderen Einkommensarten zu beobachten ist.

Von den unten angegebenen Berufsgruppen weist die Statistik nur einen Teil nach, nämlich die Selbständigen, die mit ihren Einkünften häufig an der Spitze der jeweiligen Berufsgruppe stehen. Nicht nachgewiesen sind dagegen die Arbeitnehmer, deren Bruttolöhne oftmals wesentlich niedriger sind als die Einkünfte ihrer freiberuflich tätigen Kollegen. Bei der Auswertung der Ergebnisse sollte auch

berücksichtigt werden, daß die freiberufliche Tätigkeit in der Mehrzahl der unten ausgewiesenen Berufsgruppen ein abgeschlossenes Hochschulstudium mit einer mehr oder minder langen Studienzeit voraussetzt. Den vergleichsweise hohen Einkommen stehen also hohe Kosten für die Berufsausbildung und ein entsprechender Verdienstausschlag während der Ausbildungszeit gegenüber.

Die Einkünfte aus selbständiger Arbeit sind nicht beliebig durch Betriebsvergrößerung vermehrbar. Im Gegensatz zu anderen Einkunftsarten sind sie vor allem dadurch charakterisiert, daß der Berufsträger aufgrund eigener spezieller Fachkenntnisse leitend und eigenverantwortlich tätig wird, und zwar in persönlichem Einsatz und nicht nur überwachend. Die Delegation von Aufgaben an die Mitarbeiter ist also nur in sehr begrenztem Umfang möglich.

Von den insgesamt erfaßten 8 328 Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften aus selbständiger Arbeit entfielen 6 029 auf die elf besonders ausgewiesenen Berufsgruppen. Nur von den letzteren soll im folgenden die Rede sein, wobei noch zu erwähnen ist, daß zusammenveranlagte Ehegatten, die beiderseits Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit haben, in den Ergebnissen nicht enthalten sind. Die Einkünfte aus selbständiger Arbeit der elf Berufsgruppen beliefen sich im Jahre 1968 auf insgesamt 374 Mill. DM. Dies sind je Steuerpflichtigen im Durchschnitt 29 % mehr als im Jahre 1965.

Die Einkünfte aus selbständiger Arbeit 1968 nach Berufsgruppen

Berufsgruppe	Steuerpflichtige ¹⁾		Einkünfte aus selbständiger Arbeit				
	Anzahl	Veränderung gegenüber 1965 in %	je Steuerpflichtigen			Veränderung 1954 = 100	
			insgesamt 1 000 DM	1965 DM	1968 DM		%
Rechtsanwälte und Notare einschließlich Patentanwälte	654	+ 9,0	32 869	44 132	50 258	+ 14	316
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater einschließlich vereidigte Buchprüfer	116	+ 17,2	6 901	57 323	59 491	+ 4	358
Steuerbevollmächtigte	589	+ 2,6	23 020	32 334	39 083	+ 21	.
Sonstige Wirtschaftsberater	17	- 78,2	583	34 679	34 294	- 1	.
Ärzte	2 099	+ 4,6	167 817	58 386	79 951	+ 37	476
Zahnärzte einschließlich Dentisten, aber ohne Zahntechniker	1 180	+ 1,1	84 181	49 551	71 340	+ 44	632
Tierärzte	294	- 6,7	13 812	37 292	46 980	+ 26	397
Heilpraktiker	62	+ 12,7	1 673	25 491	26 984	+ 6	.
Architekten einschließlich Garten- und Landschaftsarchitekten, Innenarchitekten, Vermessungs- und Bauingenieure, aber ohne Film- und Bühnenarchitekten	866	+ 8,9	36 662	43 806	42 335	- 3	.
Sonstige Ingenieure und Techniker	149	- 8,0	6 840	34 852	45 906	+ 32	.
Chemiker und Chemotechniker	3	- 57,1	46	27 857	15 333	.	.
Ausgewählte freie Berufe zusammen	6 029	+ 2,9	374 404	48 172	62 101	+ 29	.
Sonstige freie Berufe und andere Veranlagte	2 299	+ 2,5	65 970	23 294	28 695	+ 23	.
Insgesamt	8 328	+ 2,9	440 374	41 285	52 879	+ 28	.

1) nur Steuerpflichtige mit überwiegenden Einkünften aus selbständiger Arbeit

Sowohl nach der Zahl der Steuerpflichtigen wie auch nach den Einkünften kommt den Ärzten und Zahnärzten unter den elf ausgewiesenen Berufsgruppen die größte Bedeutung zu. Die Zahl der zur Einkommensteuer veranlagten Ärzte mit überwiegenden Einkünften aus selbständiger Arbeit erhöhte sich seit 1965 um weitere 92 auf 2 099; die Zahl der Zahnärzte nahm dagegen nur um 13 auf 1 180 zu. Beide Berufsgruppen machen zusammen über die Hälfte (54 %) der ausgewählten freiberuflich Tätigen aus. An den Einkünften aus selbständiger Arbeit sind sie sogar mit zwei Dritteln beteiligt.

Bei den Zahnärzten haben sich wiederum die Einkünfte besonders günstig entwickelt. Sie nahmen seit 1965 um 44 % zu und sind damit stärker gestiegen als in jedem anderen Berufszweig. Sie betragen im Jahre 1968 je Steuerpflichtigen 71 340 DM und waren im Durchschnitt siebenmal höher als im Jahre 1954. Die Ärzte stehen zwar mit im Durchschnitt 79 951 DM Einkünften aus freiberuflicher Tätigkeit nach wie vor an der Spitze der Einkunftsskala; ihr Vorsprung vor den Zahnärzten ist aber weiter zusammengeschmolzen. Die voneinander abweichende Einkommensentwicklung zwischen beiden Berufsgruppen ist nun schon seit längerer Zeit zu beobachten. Über ihren Grund ist aus der Einkommensteuerstatistik nichts zu entnehmen. Es liegt aber die Vermutung nahe, daß die zunehmende Anfertigung von technischem Zahnersatz (Gebisse, Kronen, Brücken usw.) die Entwicklung begünstigt hat. Die meisten Patienten stehen sich heute finanziell besser als noch in den 50iger Jahren und können für die Sanierung des Gebisses mehr aufwenden.

Von den freiberuflich tätigen Tierärzten wurden im Jahre 1968 nur noch 294 erfaßt, das sind 21 weniger als 1965. Die von ihnen erzielten Einkünfte beliefen sich insgesamt auf 13,8 Mill. DM. Je Steuerpflichtigen waren die Einkünfte 1968 um 26 % höher als 1965. Ihre Zuwachsrate war damit erheblich niedriger als die der Einkünfte aus selbständiger Arbeit von Ärzten und Zahnärzten.

In der Gruppe der rechts-, wirtschafts- und steuerberatenden Berufe war die Einkommensentwicklung allgemein von 1965 bis 1968 nicht so günstig wie im freiberuflichen Gesundheitswesen. Je Steuerpflichtigen lagen die Zuwachsraten der Einkünfte unter dem Durchschnitt aller ausgewählten freien Berufe. Auch im Vergleich mit den Einkünften des Jahres 1954 zeigt sich, soweit Zahlen hierüber vorliegen, daß in den Gruppen der rechts-, wirtschafts- und steuerberatenden Berufe die Veränderungsrate nicht das Ausmaß erreichen wie im freiberuflichen Gesundheitswesen. Den Rechtsanwälten und Notaren kommt nach der Anzahl der Steuerpflichtigen und der Höhe der Einkünfte

aus selbständiger Arbeit insgesamt die größte Bedeutung innerhalb dieser Gruppe zu. Bezogen auf den einzelnen Steuerpflichtigen erzielten jedoch die Wirtschaftsprüfer und Steuerberater mit 59 491 DM im Durchschnitt die höchsten Einkünfte aus selbständiger Arbeit. Sie gehören damit unter den freiberuflich Tätigen nach den Ärzten und Zahnärzten zu den Steuerpflichtigen mit überdurchschnittlich hohem Einkommen; allerdings mußten sie sich mit einer geringen Zuwachsrate von nur 4 % seit 1965 zufrieden geben. Die Einkünfte der Steuerbevollmächtigten (Helfer in Steuersachen) liegen im Durchschnitt erheblich unter denen der Rechtsanwälte und Wirtschaftsprüfer. Seit 1965 war aber der Einkommenszuwachs bei ihnen höher als in allen anderen zur Gruppe der Rechts-, Wirtschafts- und Steuerberater gehörenden Berufe.

Von allen ausgewählten freien Berufen haben sich die Einkünfte der Architekten, Vermessungs- und Bauingenieure am ungünstigsten entwickelt, wenn man von den Ergebnissen über die Chemiker absieht, die wegen der geringen Besetzung keine Aussagekraft haben. Die Tätigkeit der Architekten ist naturgemäß eng mit der wirtschaftlichen Lage auf dem Baumarkt verknüpft. Konjunkturelle Schwankungen auf diesem Wirtschaftssektor wirken sich demzufolge unmittelbar auf die Einkünfte dieser Berufsgruppe aus. Die Anzahl der Steuerpflichtigen erhöhte sich zwar von 1965 bis 1968 um über 70 auf 866, jedoch verringerten sich im Durchschnitt die Einkünfte um 3% auf 42 335 DM. Die reale Abnahme der Einkünfte dürfte infolge der gleichzeitig gestiegenen Preise noch höher anzusetzen sein. Von der ungünstigen Entwicklung nicht betroffen waren die sonstigen Ingenieure und Techniker.

In der zweiten Tabelle sind die jeweils am stärksten besetzten Größenklassen in den einzelnen Berufsgruppen durch Fettdruck hervorgehoben. Von den ausgewählten Veranlagten mit überwiegend freier Berufstätigkeit erzielte 1968 etwa ein Viertel Einkünfte zwischen 25 000 und 50 000 DM. Im Jahre 1965 war diese Größenklasse noch mit einem Drittel aller Steuerpflichtigen besetzt. Die Veränderung ist seitdem durch das Aufrücken einer erheblichen Anzahl von Veranlagten in höhere Größenklassen gekennzeichnet, während die Besetzung in den unteren Größenklassen nachließ. Besonders die Klasse "100 000 DM und mehr" ist 1968 wesentlich stärker besetzt als drei Jahre zuvor. In ihr sind im Jahre 1968 bereits ein Sechstel aller ausgewählten freiberuflich Tätigen enthalten, im Jahre 1965 war es dagegen nur ein Vierzehntel. Die einzelnen Berufsgruppen weisen in der Besetzung der Größenklassen erhebliche Unterschiede auf. So ist über die Hälfte der Heilpraktiker in der untersten Größenklasse zu finden, erzielte also im Jahre

Die Verteilung der Steuerpflichtigen¹ auf die Einkunftsclassen 1968

Berufsgruppe	Steuerpflichtige Anzahl	davon mit Einkünften aus selbständiger Arbeit von ... bis unter ... DM					
		unter 16 000	16 000 bis 25 000	25 000 bis 50 000	50 000 bis 75 000	75 000 bis 100 000	100 000 und mehr
		%					
Rechtsanwälte und Notare einschließlich Patentanwälte	654	15,0	12,4	32,3	20,6	9,8	9,9
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater einschließlich vereidigte Buchprüfer	116	14,7	9,5	28,4	23,3	16,4	7,8
Steuerbevollmächtigte	589	16,5	17,1	42,1	15,4	5,3	3,6
Sonstige Wirtschaftsberater	17	29,4	23,5	29,4	-	.	.
Ärzte	2 099	8,7	3,7	17,7	22,9	21,0	26,1
Zahnärzte einschließlich Dentisten, aber ohne Zahntechniker	1 180	11,9	4,7	20,3	21,6	18,7	22,8
Tierärzte	294	12,6	8,8	36,7	28,2	9,5	4,1
Heilpraktiker	62	54,8	12,9	19,4	.	.	4,8
Architekten einschließlich Garten- und Landschaftsarchitekten, Innenarchitekten, Vermessungs- und Bauingenieure, aber ohne Film- und Bühnenarchitekten	866	23,4	17,3	32,0	14,9	5,3	7,0
Sonstige Ingenieure und Techniker	149	28,9	16,8	26,2	12,1	5,4	10,7
Chemiker und Chemotechniker	3	.	.	-	-	-	-
Ausgewählte freie Berufe zusammen	6 029	14,2	8,9	25,6	20,2	14,3	16,7
dagegen 1965	5 859	15,8	12,3	32,9	21,7	10,4	6,9
Sonstige freie Berufe und andere Veranlagte	2 299
Insgesamt	8 328

¹⁾ nur Steuerpflichtige mit überwiegenden Einkünften aus selbständiger Arbeit

1968 nur Einkünfte von weniger als 16 000 DM. Auch bei den sonstigen Ingenieuren und Technikern ist diese Größenklasse stärker besetzt als alle anderen. Dagegen erzielten über ein Viertel aller Ärzte und gut ein Fünftel aller Zahnärzte Einkünfte aus selbständiger Arbeit von mehr als 100 000 DM; unter ihnen befinden sich sogar 29 Ärzte und 7 Zahnärzte mit einem Spitzenverdienst von mehr als 250 000 DM. Der größte Teil dieser Ärzte oder ihrer Ehefrauen stand außerdem in einem Arbeitsverhältnis und hatte Einkünfte aus Arbeitnehmer-

tätigkeit. Letzteres trifft für die Zahnärzte nicht zu. Ferner bezogen fast alle Spitzenverdiener in beiden Berufsgruppen auch noch Einkünfte aus Kapitalvermögen und setzten in erheblichem Umfang von ihren Einkünften Beträge ab, die in Form von ausgeglichenen Verlusten ihren zu versteuernden Einkommensbetrag und die Einkommensteuerschuld spürbar verminderten.

Klaus Scheithauer

Vergleiche auch: "Die Einkünfte der freiberuflich Tätigen 1965" in dieser Zeitschrift 1969, S. 266 (November/Dezember)

Kurzberichte

Wohngeld 1970

Mit Hilfe von Zuschüssen der öffentlichen Hand soll jedem Mieter und Eigentümer ein Mindestmaß an Wohnraum wirtschaftlich ermöglicht werden. Im Jahre 1970 wurden diese Zuschüsse als Mietzuschuß an Mieter und als Lastenzuschuß an Eigentümer - noch nach dem Wohngeldgesetz vom 23. 3. 1965 in der Fassung vom 1. 4. 1965 - gewährt. Ab 1. Januar 1971 gilt jetzt das Zweite Wohngeldgesetz vom 14. 12. 1970, das im Prinzip am bisherigen Wohngeldsystem festhält, jedoch wesentliche

Verbesserungen der materiellen Leistungen bringt.

Der Bestand an laufenden Wohngeldgewährungen betrug am 31. Dezember 1970 59 452 Fälle, davon bezogen sich 53 080 (89 %) Fälle auf Mietzuschuß und 6 372 (11 %) Fälle auf Lastenzuschuß. Damit ist die Zahl der Wohngeldempfänger seit 1968 nahezu konstant geblieben. Im Durchschnitt wurden je Fall 44,70 DM Mietzuschuß und 68,02 DM Lastenzuschuß im Monat gezahlt. Insgesamt kamen im Jahre 1970 38,6 Mill. DM zur Auszahlung, und zwar 31,9 Mill.

DM als Mietzuschuß und 6,6 Mill. DM als Lastenzuschuß.

Ob die Zielsetzung des Wohngeldgesetzes erreicht ist, ergibt sich vor allem aus der sozialen Struktur und der wirtschaftlichen Lage derjenigen Haushalte, die Wohngeld erhalten haben. Einen entscheidenden Anhaltspunkt dafür kann die Aufteilung der Haushalte nach der sozialen Stellung geben. Und hier zeigte sich, daß zwei Drittel der Mietzuschußempfänger Rentner und Pensionäre und weitere 14 % Sozialhilfe- und Kriegsopferfürsorgeempfänger sowie sonstige Nichterwerbstätige waren. Bei den Lastenzuschußempfängern stellten die Arbeiter mit 53 % die stärkste Gruppe.

Der Maßstab für die Wohngeldgewährung ist die Einkommenslage der Haushalte. Als Einkommen wird hierbei das nach den Bestimmungen des Wohngeldgesetzes errechnete Familieneinkommen zugrundegelegt, wobei bestimmte Einkünfte nicht angerechnet und Freibeträge abgerechnet werden. Entsprechend der Aufteilung der Haushalte nach der sozialen Stellung dominieren bei den Mietzuschußempfängern die Haushalte mit kleineren Einkommen. So hatten 22 % der Nichterwerbstätigen nicht mehr als 200 DM anrechenbares monatliches Familieneinkommen, und über die Hälfte (55 %) hatten nicht mehr als 300 DM. Für 81 % aller Mietzuschußempfänger lag das monatliche Familieneinkommen nicht über 600 DM.

Bei den Lastenzuschußempfängern sind die Haushalte mit höherem Einkommen stärker vertreten, was vor allem auf die Haushaltsgröße zurückzuführen ist, denn über die Hälfte (54 %) haben fünf und mehr Mitglieder. So hatten immerhin 28 % der Lastenzuschuß empfangenden Haushalte über 1 000 DM Einkommen und 47 % ein Einkommen zwischen 601 und 1 000 DM.

Neben der Einkommenslage der Haushalte sind für die Gewährung von Wohngeld noch das Baualter der Wohnung, die in Anspruch genommene Wohnfläche sowie die Miete oder Belastung wichtige Faktoren. Aus der Gliederung der Haushalte nach dem Baualter ihrer Wohnung geht hervor, daß am 31. Dezember 1970 knapp 28 % der Mietzuschußempfänger in Wohnungen lebten, die vor Mitte 1948 bezugsfertig waren, und mit 72 % der weitaus überwiegende Teil Neubauwohnungen hatte. Von den Neubauwohnungen sind über drei Viertel (76 %) Sozialwohnungen und nur 24 % freifinanzierte oder steuerbegünstigte Wohnungen.

Entsprechend der allgemeinen Mietpreisentwicklung ist auch für die Mietzuschußempfänger die Miete gestiegen. Hatten Ende 1969 noch 70 % der Haushalte eine Mietbelastung von weniger als 3 DM je Quadratmeter, so waren es Ende 1970 nur noch 62 %; 37 % der Haushalte

zahlten weniger als 2,50 DM Miete je Quadratmeter gegenüber 40 % Ende 1969. Andererseits mußten immerhin bereits 15 % der Haushalte Ende 1970 3,50 DM und mehr je Quadratmeter für Miete aufwenden gegenüber 12 % Ende 1969.

Diese Quadratmetermieten werden aber praktisch durch die Wohngeldzahlungen gesenkt. So erhielten von den Mietzuschußempfängern am 31. Dezember 1970 immerhin 38 % mindestens 50 DM Wohngeld für den Monat. Über 100 DM empfangen noch 4,2 % der Haushalte. Andererseits kamen an 19 % der Haushalte weniger als 20 DM zur Auszahlung, und fast die Hälfte (47 %) der Mietzuschußempfänger bekam weniger als 40 DM.

Auf die Lastenzuschußempfänger entfielen im Durchschnitt um gut 50 % höhere Beträge. Von diesem Empfängerkreis erhielten immerhin 22 % der Haushalte 100 DM und mehr und noch 14 % der Haushalte sogar 120 DM und mehr. Unter einer Wohngeldzahlung von 20 DM blieben hier nur 14 % der Haushalte. Und weniger als 40 DM Lastenzuschuß bekamen nur 34 % der Haushalte gegenüber 47 % bei den Mietzuschußempfängern.

Unter dem Durchschnitt von 44,70 DM Mietzuschuß je Fall blieben nur die Einpersonenhaushalte mit 40,17 DM. Die großen Haushalte mit fünf und mehr Personen lagen mit einer durchschnittlichen Wohngeldzahlung von 64,73 DM erheblich über dem Gesamtdurchschnitt. Von den Haushalten, die Lastenzuschuß empfangen, lagen nur die großen Haushalte mit fünf und mehr Personen mit einem monatlichen Betrag von 84,18 DM über dem Gesamtdurchschnitt von 68,02 DM je Fall.

Von entscheidender Bedeutung für den Haushalt ist dann letzten Endes, wie der Belastungsgrad des monatlichen Bruttoeinkommens durch die Miete über die Wohngeldgewährung gemindert wird. Dazu ist festzustellen, daß der Anteil der Mietzuschußempfänger mit einer Mietbelastung von unter 10 % ihres monatlichen Bruttoeinkommens durch die Wohngeldgewährung von 0,6 % auf 16% angehoben wurde. Für nahezu 62% der Mietzuschußempfänger ergab sich nach Zahlung der Zuschüsse eine Mietbelastung zwischen 10 und 20 %, während vorher nur 29 % in diese Gruppe fielen. Aber noch 17 % der Mietzuschußempfänger mußten trotz Mietzuschuß zwischen 20 bis unter 30 % ihres Bruttoeinkommens für Miete aufbringen; ohne Zahlung der Zuschüsse wären es knapp 42 % der Empfänger gewesen. Die Anzahl der Empfänger mit der höchsten Belastung (30 % und mehr) verringerte sich durch die Wohngeldgewährung von 29 % auf 4,8 %.

Auch bei den Lastenzuschußempfängern wurden die Belastungsgrade erheblich herabgedrückt. Durch die Gewährung von Wohngeld reduzierte

sich der Empfängerkreis, dessen Belastungsgrad zwischen 20 und 30 % lag, von 43 % auf 18 %. Nur noch 3,3 % der Lastenzuschußempfänger hatten eine Belastung von 30 % und mehr ihrer Bruttoeinkommen gegenüber 15 % vor der Wohngeldgewährung.

Peter Möller

Nähere Angaben sind im Stat. Bericht F II 11 enthalten. Vergleiche auch: "Wohngeld 1969/70" in dieser Zeitschrift 1971, S. 39 (Februar) und "Wohngeld 1970" in Wirtschaft und Statistik 1971, S. 496 (August)

Umfangreiche Neugründungen und Kapitalerhöhungen

bei Gesellschaften m b H im Jahre 1971

Am Jahresende 1971 waren in den Handelsregistern der schleswig-holsteinischen Amtsgerichte 2 580 Kapitalgesellschaften eingetragen, und zwar 61 Aktiengesellschaften und 2 519 Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Das sind 234 Gesellschaften oder 10% mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Die Veränderung geht ausschließlich auf die Gesellschaften mbH zurück. Während sich die Zahl der AG nur um eine Gesellschaft verminderte, standen bei den GmbH im Laufe des Jahres 1971 364 Zugängen, insbesondere durch Gründung, Umwandlung und Sitzverlegung, 129 Abgänge durch Liquidations- und Konkurseröffnung, aber auch Umwandlung sowie Sitzverlegung und anderes gegenüber.

Das Stammkapital der GmbH erhöhte sich nach Saldierung aller Zu- und Abgänge um 119 Mill. DM auf insgesamt 960 Mill. DM, was einem Zuwachs von 14% entspricht. Die Steigerung geht maßgeblich auf durchgeführte Kapitalerhöhungen bei bestehenden GmbH zurück, wobei in 111 Fällen das Stammkapital um 115 Mill. DM aufgestockt wurde. Dagegen fielen die Neugründungen und Umwand-

Die Entwicklung der Kapitalgesellschaften im Jahre 1971

Bestand Zu- und Abgang	Aktiengesellschaften		Gesellschaften mbH	
	Anzahl	Kapital Mill. DM	Anzahl	Kapital Mill. DM
Bestand am 1. 1. 1971	62	448,5	2 284	840,4
Zugänge	3	41,5	364	171,4
darunter				
Kapitalerhöhungen	(8)	20,5	(111)	114,9
Gründung, Umwandlung, Fortsetzung	2	15,0	323	33,3
Abgänge	4	13,5	129	52,2
darunter				
Kapitalherabsetzungen	-	-	(3)	8,5
Liquidations- und Konkurseröffnung	1	10,3	50	4,7
Bestand am 31. 12. 1971	61	476,4	2 519	959,6

lungen von GmbH kapitalmäßig nicht sehr ins Gewicht. Von den 322 Zugängen dieser Art wurden 265 (das sind 82%) mit einem Stammkapital von höchstens 21 000 DM in die Handelsregister eingetragen, kamen also kaum über die Mindesteinlage hinaus. Hervorzuheben ist der auffallend starke Zugang von sogenannten Verwaltungsgesellschaften, deren Zweck die Geschäftsführung und Beteiligung als Komplementär an einer Kommanditgesellschaft ist. Im Jahre 1971 wurden allein 50 derartige Zugänge gezählt.

Bei den AG wurde das Grundkapital zwar ebenfalls in 8 Fällen um 20 Mill. DM erhöht; insgesamt gesehen waren aber die Veränderungen hier mit einem Zuwachs per Saldo von + 6% auf 476 Mill. DM nicht so gravierend. Alle Kapitalgesellschaften zusammen waren am 31. 12. 1971 mit einem Kapital von 1 436 Mill. DM in die Register eingetragen. Hiervon entfielen genau ein Drittel auf AG und zwei Drittel auf GmbH.

Klaus Scheithauer

Vergleiche auch: "Die Entwicklung der Kapitalgesellschaften in Schleswig-Holstein von 1965 bis 1967" in dieser Zeitschrift 1968, S. 140 (Juni) und "Zahl und Nominalkapital der Kapitalgesellschaften 1971" in Wirtschaft und Statistik 1972, S. 176 (März)

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt

oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

24. Jahrgang . Heft 5 . Mai 1972

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

Diesmal zusätzlich
Erweiterte Kreiszahlen
(Einheitliches Programm
der Statistischen Landesämter)

		1970	1971	1971			1971/1972			
		Monats- durchschnitt	Januar	Febr.	März	Dez.	Januar	Febr.	März	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 494 ^a	2 529	2 513	2 516	2 519	2 543
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 548	1 473	946	1 024	1 478	1 371	911
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	7,5	7,0	4,4	5,3	6,9	6,3	4,3
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 930	2 794	2 921	2 756	3 259	2 554	2 543
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	14,1	13,3	13,7	14,3	15,3	11,8	11,8
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 749	2 663	2 748	2 445	2 919	2 909	3 288
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	13,2	12,6	12,9	12,7	13,7	13,5	15,3
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	65	57	55	39	72	44	46
	je 1 000 Lebendgeborene	22,2	20,5	18,8	14,2	22,1	17,2	18,1
* Überschuss der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	+ 181	+ 131	+ 173	+ 311	+ 340	- 355	- 745
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,6	+ 1,6	- 1,6	- 3,5
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	8 382	9 013	7 855	7 606	8 948	7 498
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 381	6 425	5 865	5 004	6 457	7 087
* Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 2 001	+ 2 588	+ 1 990	+ 2 602	+ 2 491	+ 411
* Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	9 788	10 288	10 142	8 737	9 954	10 389
Wanderungsfälle	Anzahl	24 551	25 726	23 862	21 347	25 359	24 974
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	165	171	160	156	165	164
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	8	9	14	13	10	14	20	19	15
darunter * Männer	1 000	5	5	9	7	6	8	12	12	8
Offene Stellen	1 000	24	22	19	23	25	15	15	18	21
darunter für Männer	1 000	15	13	12	14	15	9	9	11	12
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 407 ^a	1 364 ^a	.	.	.	1 364	.	.	.
darunter * Milchkühe	1 000	493 ^a	477 ^a	.	.	.	477	.	.	.
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	1 774 ^a	1 667 ^a	.	.	1 704	1 667	.	.	1 691
* Schweine	1 000	183 ^a	169 ^a	.	.	178	169	.	.	169
darunter * Zuchtsauen	1 000	112 ^a	106 ^a	.	.	111	106	.	.	106
darunter * trächtig	1 000									
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	34	35	35	28	33	32	29	25	28
* Kälber	1 000 St.	3	2	3	3	4	2	2	2	3
* Schweine	1 000 St.	200	209	230	198	209	227	210	195	196
darunter * Hausschlachtungen	1 000 St.	9 ^b	9 ^c	20	15	12	15	16	12	8
* Schlachtmengen 5) aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	25,9	25,1	25,9	21,7	24,2	25,2	23,5	21,4	22,8
darunter * Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	8,3	8,5	8,3	6,6	8,0	7,7	7,0	6,2	7,1
* Kälber	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2
* Schweine	1 000 t	17,4	16,4	17,4	14,8	16,0	17,4	16,3	15,0	15,4
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	241	243	245	242	244	247	247	251	254
Kälber	kg	61	66	59	62	63	69	65	72	72
Schweine (ab Januar 1971 neue Berechnungsgrundlage, Vergleichbarkeit mit früheren Zahlen eingeschränkt)	kg	91	82	83	81	81	82	84	82	82
Geflügel										
Eingelegte Bruteier 6)	1 000	497	580	566	659	764	539	469	553	738
* für Legehennenküken	1 000	911	825	709	486	867	769	856	565	836
* für Masthühnerküken	1 000									
* Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	803	755	813	619	828	833	920	851	900
* Milcherzeugung	1 000 t	178	174	173	168	210	152	170	174	217
darunter * an Meiereien geliefert	%	92	92	91	91	92	91	92	92	92
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,6	11,8	11,5	12,4	13,9	10,1	11,5	12,6	14,7

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Verstorbenen

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1970/71 = 16

c) Winterhalbjahr 1971/72 = 12

+) Ergebnis der Volkszählung vom 27. 5. 1970

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1971			1971/1972			
		Monats- durchschnitt		Januar	Febr.	März	Dez.	Januar	Febr.	März
Industrie und Handwerk										
Industrie⁸⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	191	...	191	191	191	188	187	187	187
darunter *Arbeiter 9)	1 000	145	...	143	144	144	141	139	139	139
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	24 110	...	23 204	22 943	25 166	23 381	22 039	22 007	23 369
*Löhne (brutto)	Mill. DM	157,2	...	160,8	154,4	167,8	187,6	170,1	166,0	179,7
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	66,6	...	72,5	69,1	70,7	90,0	80,5	79,3	81,8
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ¹⁰⁾	33	...	29	26	30	21	15	15	25
*Gasverbrauch ¹¹⁾	Mill. Ncbm	23,9	...	28,3	28,4	28,8	28,0	26,9	27,1	30,1
*Stadt-, Kokerel- und Ferngas	Mill. Ncbm	11,2	...	10,9	10,1	9,0	6,2	5,6	5,6	8,7
*Erd- und Erdölgas	Mill. Ncbm	12,7	...	17,4	18,4	19,8	21,8	21,2	21,5	21,4
*Heizölverbrauch	1 000 t	94	...	102	93	106	98	98	96	101
*leichtes Heizöl	1 000 t	19	...	24	23	25	25	27	27	25
*schweres Heizöl	1 000 t	75	...	78	70	81	73	71	70	77
*Stromverbrauch	Mill. kWh	156	...	156	157	169	160	158	159	173
*Stromerzeugung (Industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	37	...	35	34	36	38	37	33	34
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) ¹²⁾	Mill. DM	1 070	...	984	1 077	1 261	1 459	1 043	1 090	1 264
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	144	...	124	133	226	192	125	137	194
Produktionsindex (arbeitstäglich)										
*Gesamtindustrie	1962=100	163	...	165	173	168	159	152	157	...
*Bergbau	1962=100	118	...	118	123	122	115	110	114	...
*Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1962=100	201	...	206	215	203	145	132	154	...
*Investitionsgüterindustrie	1962=100	179	...	176	192	182	187	179	174	...
*Verbrauchsgüterindustrie	1962=100	173	...	179	189	190	175	191	201	...
*Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1962=100	123	...	126	124	124	137	123	126	...
außerdem										
Produktionsindex für die Bauindustrie	1962=100	126	...	83	121	102	113	74	95	...
Handwerk (Meßziffern)¹³⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	30.9.1962=100	96	95	.	.	94	95
(Ende des Vierteljahres)										
*Umsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. -D 1962=100	151	171	.	.	130	218
darunter *Handwerksumsatz	Vj. -D 1962=100	155	178	.	.	130	234
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	219	...	356	310	363	334	413	344	...
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	449	...	554	488	537	579	681	571	...
*Gaserzeugung (brutto) ¹¹⁾	Mill. Ncbm	16	...	27	22	25	26	35	30	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	62 480	63 049	60 962	60 498	63 361	61 573	60 048	59 971	60 864
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	8 238	8 713	5 019	7 325	7 329	7 677	4 548	5 861	8 353
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 414	3 766	2 227	3 181	3 102	3 484	2 107	2 865	3 773
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	964	1 258	813	1 200	1 264	1 048	796	1 053	1 390
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	3 616	3 484	1 818	2 735	2 789	2 984	1 581	1 882	3 091
*Löhne (brutto)	Mill. DM	66,1	78,2	41,9	58,7	59,2	77,3	40,9	53,3	77,8
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	7,0	8,4	7,2	6,9	7,6	11,2	8,2	8,2	8,6
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	176,7	217,3	119,1	134,0	170,6	429,5	163,4	131,0	171,1

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

9) einschließlich gewerblicher Lehrlinge

10) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

11) umgerechnet auf den Heizwert von 4 300 kcal/Ncbm

12) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

13) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1971			1971/1972			
		Monats- durchschnitt		Januar	Febr.	März	Dez.	Januar	Febr.	März
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	884	977	504	698	1 054	675	587	896	976
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	787	865	450	621	909	569	519	784	889
*umbauter Raum	1 000 cbm	911	1 096	576	898	1 290	945	616	1 015	949
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	115 158	157 576	77 273	123 120	175 145	146 506	96 273	152 862	148 732
*Wohnfläche	1 000 qm	174	209	110	179	241	188	117	195	170
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)										
*umbauter Raum	1 000 cbm	181	157	117	114	168	135	95	110	104
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	794	698	481	350	833	511	289	491	475
*Nutzfläche	1 000 qm	75 158	72 917	37 917	36 494	112 011	61 818	31 910	50 327	44 043
		142	126	87	64	143	107	56	88	84
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 357	2 880	1 562	2 442	3 460	2 659	1 628	2 713	2 183
Baufertigstellungen										
Wohnungen 14)	Anzahl	1 837	2 356	718	749	866	16 212	973	650	1 144
Wohnräume	Anzahl	7 782	9 876	3 100	3 116	3 749	65 727	3 916	2 642	4 538
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	180,5	214,6	152,4	173,5	275,7	228,0	165,4	178,4	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	23,8	29,2	19,3	26,1	37,1	36,3	30,9	28,6	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	156,7	185,4	133,1	147,4	238,5	191,8	134,6	149,8	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	3,9	3,7	3,3	3,8	4,3	4,9	3,7	4,5	...
*Halbwaren	Mill. DM	12,6	11,5	10,4	12,4	16,0	10,6	6,5	9,7	...
*Fertigwaren	Mill. DM	140,1	170,2	119,4	131,2	218,3	176,3	124,3	135,6	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	14,3	15,7	12,6	15,1	16,2	16,7	13,6	16,1	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	125,8	154,5	106,8	116,1	202,1	159,6	110,8	119,6	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	54,2	65,4	50,8	54,1	71,5	74,3	60,5	66,0	...
darunter Italien	Mill. DM	14,8	19,9	11,3	11,2	17,8	19,9	13,0	17,1	...
Niederlande	Mill. DM	18,9	21,9	15,5	21,0	23,6	30,2	22,7	24,4	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	55,3	58,6	39,0	47,9	63,8	64,2	42,6	49,8	...
darunter Dänemark	Mill. DM	11,2	17,0	12,4	14,2	24,8	15,8	10,8	13,9	...
Großbritannien	Mill. DM	12,7	12,6	4,3	9,0	7,6	7,6	5,1	8,7	...
Norwegen	Mill. DM	8,5	3,9	2,7	3,2	4,4	5,4	3,7	4,5	...
Schweden	Mill. DM	8,8	8,3	6,7	6,3	9,8	9,5	9,2	7,8	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	32 072	32 015	30 015	30 876	36 576	33 571			
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	36 673	36 934	34 739	34 660	37 801	35 265			
Index der Einzelhandelsumsätze										
(einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100
Index der Gastgewerbeumsätze										
(einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100
Fremdenverkehr in 136 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	189	p 190	61	69	91	p 66	p 59	p 67	p 110
darunter *von Auslandsgästen	1 000	20	p 19	6	7	10	p 7	p 6	p 6	p 12
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 514	p 1 546	216	233	336	p 225	p 222	p 238	p 439
darunter *von Auslandsgästen	1 000	41	p 40	13	14	19	p 15	p 13	p 14	p 23
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	1 329	1 260	1 034	1 096	1 221	1 232
Güterversand	1 000 t	547	540	458	447	503	539
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	259	253	207	238	261	268	206	195	277
*Güterversand	1 000 t	373	387	178	348	379	348	194	174	381
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	7 817	8 001	5 865	7 617	11 254	5 352	6 445	7 385	...
*Personenkraftwagen 15)	Anzahl	24	36	5	29	41	15	15	37	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	6 925	7 126	5 195	6 837	10 135	4 588	5 827	6 648	...
	Anzahl	502	471	398	447	628	388	353	405	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 404	1 436	1 102	1 040	1 151	1 409	1 196	p 992	p 1 380
*Getötete Personen	Anzahl	74	76	68	57	53	79	73	p 45	p 77
*Verletzte Personen	Anzahl	1 933	1 972	1 484	1 424	1 543	1 887	1 592	p 1 357	p 1 898

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

14) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

15) einschließlich Kombinationskraftwagen

d) ist ab Januar 1972 nicht mehr nach Ländern gegliedert

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1971			1971/1972			
		Monats- durchschnitt e)		Januar	Febr.	März	Dez.	Januar	Febr.	März
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁶⁾										
*Kredite 17) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	16 502	17 984	16 602	18 684	16 899	17 984	18 113	18 241	...
darunter										
*Kredite 17) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	.	17 280	.	.	.	17 280	17 411	17 539	...
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	.	3 933	.	.	.	3 933	3 958	3 953	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	.	3 904	.	.	.	3 904	3 813	3 817	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	.	29	.	.	.	29	145	136	...
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	.	1 432	.	.	.	1 432	1 417	1 423	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	.	1 358	.	.	.	1 358	1 341	1 343	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	.	74	.	.	.	74	76	80	...
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	.	11 915	.	.	.	11 915	12 036	12 163	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	.	10 222	.	.	.	10 222	10 324	10 416	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	.	1 693	.	.	.	1 693	1 712	1 747	...
*Einlagen und aufgenommene Kredite ¹⁷⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	11 288	14 258	11 413	11 511	11 460	14 258	14 451	14 618	...
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	5 478	7 764	5 566	5 602	5 518	7 764	7 892	8 008	...
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 870	4 487	3 954	3 958	3 925	4 487	4 623	4 589	...
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 608	3 277	1 612	1 643	1 593	3 277	3 269	3 419	...
*Spareinlagen	Mill. DM	5 810	6 495	5 846	5 909	5 942	6 495	6 559	6 610	...
*bei Sparkassen	Mill. DM	3 686	4 049	3 697	3 735	3 749	4 049	4 070	4 103	4 114
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	318	353	417	303	300	732
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	274	296	381	240	267	406
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	12	12	10	17	14	17	7	19	14
*Vergleichsverfahren	Anzahl	1	0,7	2	1	2	1	1	2	1
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	449	357	341	297	367	334
*Wechselsumme	Mill. DM	1,136	1,064	0,938	0,684	1,020	0,918
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
*Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	224 573	266 929	236 935	234 720	297 676	410 921	350 223	245 170	348 870
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	152 308	186 345	132 970	147 082	240 733	324 915	220 708	147 563	275 406
*Lohnsteuer 18)	1 000 DM	97 946	126 774	121 698	138 524	86 115	155 294	191 803	132 570	103 567
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	40 050	45 774	8 086	6 240	118 538	144 156	17 701	11 228	140 280
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	1 613	1 651	1 683	1 586	1 617	1 094	2 231	895	2 253
*Körperschaftsteuer 18)	1 000 DM	12 699	12 147	1 504	752	34 464	24 371	8 972	2 871	29 306
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	72 265	80 583	103 965	87 638	56 943	86 067	129 514	97 607	73 464
*Umsatzsteuer	1 000 DM	52 564	59 882	86 215	69 143	38 793	65 466	109 530	75 008	51 688
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	19 701	20 702	17 750	18 495	18 150	20 540	19 984	22 599	21 776
*Bundessteuern	1 000 DM	84 313	90 364	58 108	66 324	120 495	122 593	82 766	93 486	109 748
*Zölle	1 000 DM	8 419	9 428	6 236	7 501	14 538	10 235	8 278	7 242	9 635
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	70 830	76 362	46 182	55 519	97 967	103 123	49 876	81 001	92 306
*Landessteuern	1 000 DM	24 387	25 763	23 212	32 242	25 537	20 391	25 024	35 849	24 408
*Vermögensteuer	1 000 DM	5 607	5 272	1 644	13 036	2 694	756	931	13 280	1 520
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	13 205	14 462	16 301	13 115	16 509	13 846	17 927	13 879	16 621
*Biersteuer	1 000 DM	988	1 013	966	460	953	953	1 025	644	759
*Gemeindesteuern im Vierteljahr	1 000 DM	125 325 ⁺	140 471 ⁺	.	.	129 212	151 228	.	.	138 250
*Grundsteuer A 19)	1 000 DM	7 232 ⁺	6 949 ⁺	.	.	5 938	6 960	.	.	6 946
*Grundsteuer B 20)	1 000 DM	21 027 ⁺	22 200 ⁺	.	.	21 208	20 777	.	.	22 161
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) 21)	1 000 DM	74 721 ⁺	86 515 ⁺	.	.	78 627	89 792	.	.	82 210
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	10 846 ⁺	12 259 ⁺	.	.	12 552	11 964	.	.	14 535
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	202 059	227 530	192 964	176 760	263 747	340 803	235 977	213 610	278 133
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	62 305	74 647	57 400	47 089	103 392	141 496	78 505	57 498	120 634
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	50 586	56 408	72 775	61 346	39 860	60 205	90 660	62 445	47 751
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	4 855	6 110	4 679	.	.	16 509	4 045	180	.
*Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	140 434	174 664	167 369	176 265	181 219	232 469	221 306	179 823	194 950
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	69 857	86 188	57 400	75 794	108 690	141 496	109 172	68 595	120 634
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	41 334	56 603	82 077	68 228	46 992	54 072	83 065	75 199	49 908
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	4 855	6 110	4 679	.	.	16 509	4 045	180	.
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	147 429 ⁺	185 026 ⁺	.	.	156 655	232 356	.	.	147 858
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 23)	1 000 DM	52 182 ⁺	43 261 ⁺	.	.	42 897	31 068	.	.	73 760
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	44 644 ⁺	87 810 ⁺	.	.	63 174	149 852	.	.	18 059

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1971			1971/1972			
				Januar	Febr.	März	Dez.	Januar	Febr.	März
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	107,2	106,7	107,9	108,2	109,7	104,4	104,4	104,8	...
Verkaufspreise für Ausfuhrsgüter	1962=100	116,6	121,6	119,9	120,9	121,5	121,6	122,8	123,2	...
Grundstoffpreise 24)	1962=100	104,3	105,2	104,0	104,1	105,1	105,6	105,8	106,5	...
Erzeugerpreise										
Industrieller Produkte 24)	1962=100	107,5	112,5	110,9	111,5	112,0	113,3	114,0	114,4	115,0
landwirtschaftlicher Produkte 24)	1961/63=100	106,2 ^f	98,1 ^g	96,8	96,5	98,0	p 106,7	p 106,3	p 108,3	...
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude 25)	1962=100	147,4	162,7	.	155,8
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 24)	1962/63=100	105,8 ^f	110,8 ^g	110,5	111,8	112,6	115,3	116,2	117,1	...
Einzelhandelspreise	1962=100	112,5	118,0	115,3	116,2	117,0	120,1	121,1	121,7	122,3
*Preisindex für die Lebenshaltung 26)	1962=100	123,7	130,4	126,6	127,7	128,7	133,1	134,3	135,0	135,6
darunter für										
*Nahrungs- und Genußmittel	1962=100	117,4	122,6	118,8	120,2	121,1	124,6	126,0	126,6	127,1
Kleidung, Schuhe	1962=100	118,0	125,2	121,7	122,5	123,4	128,7	129,9	130,4	131,2
Wohnungsmieten	1962=100	168,5	178,5	173,3	174,4	175,7	182,2	183,4	184,3	185,5
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1962=100	124,4	131,0	129,5	130,3	130,6	134,9	137,5	138,9	138,9
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1962=100	114,1	120,6	117,4	118,1	118,8	123,3	124,1	124,5	125,0
Löhne und Gehälter 27)										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	297	337	322	.	.	.	344	.	.
darunter *Facharbeiter	DM	318	359	344	.	.	.	365	.	.
*weibliche Arbeiter	DM	178	198	185	.	.	.	209	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	173	193	181	.	.	.	204	.	.
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	6,55	7,48	7,15	.	.	.	7,78	.	.
darunter *Facharbeiter	DM	6,98	7,94	7,60	.	.	.	8,21	.	.
*weibliche Arbeiter	DM	4,32	4,83	4,59	.	.	.	5,12	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	4,17	4,68	4,47	.	.	.	4,99	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	45,3	45,0	45,0	.	.	.	44,3	.	.
weibliche Arbeiter	Std.	41,2	41,0	40,4	.	.	.	40,9	.	.
Geleistete Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	41,3	40,0	40,9	.	.	.	40,8	.	.
weibliche Arbeiter	Std.	36,8	35,0	35,8	.	.	.	37,8	.	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 453	1 638	1 550	.	.	.	1 728	.	.
*weiblich	DM	946	1 076	1 016	.	.	.	1 146	.	.
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 579	1 765	1 699	.	.	.	1 859	.	.
*weiblich	DM	966	1 088	1 042	.	.	.	1 180	.	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 270	1 412	1 333	.	.	.	1 466	.	.
*weiblich	DM	795	884	841	.	.	.	907	.	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 437	1 598	1 614	.	.	.	1 649	.	.
weiblich	DM	(911)	(991)
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	1 329	1 484	1 404	.	.	.	1 548	.	.
weiblich	DM	839	938	893	.	.	.	974	.	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 572	1 755	1 694	.	.	.	1 848	.	.
weiblich	DM	965	1 085	1 139	.	.	.	1 173	.	.

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

16) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter

17) einschließlich durchlaufender Kredite

18) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

19) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen

20) einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten

21) Gewerbesteuerzuschüsse abgeglichen

22) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagzahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970

23) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

24) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

25) nur Neubau

26) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit - 1962 - rund 750 DM monatlicher Lebenshaltungsausgaben

27) Effektivverdienste

e) Bestandszahlen bei Geld und Kredit: Stand 31.12.

f) Wirtschaftsjahr 1969/70 (Juli - Juni)

g) Wirtschaftsjahr 1970/71 (Juli - Juni)

Jahreszahlen A

erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung					Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾					
	Einwohner (Jahresmittel) in 1 000	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
1967	2 487	8,1	18,2	11,9	16	11	971	119	358	213	280
1968	2 515	7,9	17,4	12,8	12	17	979	118	375	208	278
1969	2 545	7,5	15,9	12,8	8	21	992	117	373	214	288
1970	2 494 ^a	r 7,5	r 14,1	r 13,2	2	24	1 003	115	386	215	286
1971	2 529	7,0	13,3	12,6	2	31	997	110	377	216	293

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen						Volkseinkommen ²⁾				
	Schüler am 15.10.			Schulabgänger in %			Bruttoinlandsprodukt			Netto- inlands- produkt in Mill. DM	
	Grund- und Sonder- schulen	Real- schulen und Realschul- züge	Gymnasien	mit weniger als Volks- schul- abschluß	mit Volks- schul- abschluß	mit mittlerem Abschluß	mit Abitur	in jeweiligen Preisen			in Preisen von 1962 in Mill. DM
Mill. DM								jährliche Zuwachs- rate in %			
1967	221	44	43	22	46	23	9	17 068	3,6	14 650	.
1968	228	46	46	22	45	24	9	18 501	8,4	15 554	.
1969	236	49	49	21	45	24	10	20 081	8,5	16 217	.
1970	249	51	50	23	42	24	11	22 371	11,4	16 937	.
1971	25 095	12,2	17 697	.

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung 5)		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁴⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ³⁾									
	in 1 000			in 1 000							
1967	1 395	513	1 752	5 035	418	2 506	2 139	4 188	1 407	515	533
1968	1 410	519	1 668	4 825	417	2 641	2 183	4 256	1 608	396	535
1969	1 430	518	1 680	4 966	418	2 679	2 210	4 262	1 511	260	487
1970	1 407	496	1 774	4 920	476	2 744	2 139	4 232	1 350	414	565
1971	1 364	482	1 667	4 946	477	2 848	2 085	4 297	1 698	322	596

Jahr	Industrie ⁶⁾										Bau- haupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden in Millionen	Löhne	Gehälter	Umsatz ⁷⁾		Energieverbrauch				Produktions- index 9) 1962=100
	ins- gesamt	Arbeiter				ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle 1 000 t SKE 8)	Heizöl			
	in 1 000		Bruttosumme in Mill. DM		Mill. DM		ins- gesamt		schwer	1 000 t		
1967	171	132	253	1 230	524	9 850	1 289	r 516	952	791	127	62
1968	175	134	264	1 344	583	10 418	1 549	482	968	780	140	63
1969	184	141	278	1 550	674	11 797	1 883	490	1 058	842	157	63
1970	191	145	289	1 887	799	12 840	1 725	400	1 130	906	r 163	64
1971	191	143	279	2 085	909	14 365	1 975	312	1 144	895	p 169	64

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebungen

2) 1967 bis 1970: vorläufige Ergebnisse, 1971: erste vorläufige Ergebnisse

3) einschließlich Ammen- und Mutterkühe

4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

5) gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang

6) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrierichterstattung); ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

7) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und seit 1968 ohne Umsatzsteuer

8) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

9) arbeitstäglich

10) einschließlich unbezahlter mithelfender Familienangehöriger

a) Ergebnis der Volkszählung vom 27. 5. 1970

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. Dezember 1971			Bevölkerungsveränderung im Dezember 1971			Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1972	
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	insgesamt	Pkw ²⁾
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)					
		in %						
FLENSBURG	94 975	- 0,2	- 0,4	- 28	- 141	- 169	24 855	22 548
KIEL	269 437	- 0,1	- 0,6	- 128	- 158	- 286	71 457	64 803
LÜBECK	239 761	- 0,1	- 0,1	- 81	- 168	- 249	58 672	52 324
NEUMÜNSTER	86 311	+ 0,0	+ 0,2	- 20	25	5	23 979	21 344
Dithmarschen	133 681	- 0,1	- 0,2	7	- 146	- 139	43 298	33 241
Flensburg-Land	73 826	+ 0,1	+ 2,0	22	67	89	27 092	20 746
Hzgt. Lauenburg	145 468	+ 0,2	+ 1,5	13	277	290	43 329	35 995
Nordfriesland	159 894	- 0,2	+ 1,6	30	- 350	- 320	54 044	42 350
Ostholstein	181 757	- 0,1	+ 2,2	- 70	- 134	- 204	55 714	45 424
Pinneberg	246 536	- 0,0	+ 2,5	- 36	- 76	- 112	72 878	63 294
Plön	109 675	+ 0,1	+ 1,8	- 38	134	96	36 294	29 162
Rendsburg-Eckernförde	228 225	+ 0,1	+ 1,4	- 6	324	318	71 277	56 922
Schleswig	101 051	+ 0,0	+ 0,9	6	9	15	32 916	25 535
Segeberg	175 884	+ 0,4	+ 4,6	28	606	634	64 662	53 438
Steinburg	133 227	- 0,0	+ 0,5	- 39	- 7	- 46	40 877	32 609
Stormarn	163 528	+ 0,1	+ 2,8	- 15	149	134	51 446	44 088
Schleswig-Holstein	2 543 236	+ 0,0	+ 1,3	- 355	411	56	772 790	643 823

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im März 1972 (vorläufige Zahlen)		
	Betriebe am 29. 2. 1972	Beschäftigte am 29. Februar 1972		Umsatz ⁴⁾ im Februar 1972 in Mill. DM	Unfälle	Getötete ⁵⁾	Verletzte
		Anzahl	je 1 000 Einwohner				
FLENSBURG	69	8 205	86	45	59	-	75
KIEL	145	31 863	118	92	142	4	172
LÜBECK	150	30 242	126	146	132	4	154
NEUMÜNSTER	73	10 719	124	43	40	2	59
Dithmarschen	59	6 064	45	67	58	2	78
Flensburg-Land	32	970	13	6	36	-	56
Hzgt. Lauenburg	96	9 416	65	44	70	4	94
Nordfriesland	42	2 350	15	25	79	4	107
Ostholstein	70	5 760	32	33	83	9	120
Pinneberg	229	24 541	100	157	141	6	192
Plön	47	2 708	25	16	55	4	104
Rendsburg-Eckernförde	123	11 520	50	59	122	10	166
Schleswig	39	3 475	34	43	59	5	95
Segeberg	165	13 404	76	91	107	3	153
Steinburg	91	10 837	81	66	82	7	123
Stormarn	120	14 747	90	156	105	13	150
Schleswig-Holstein	1 550	186 821	73	1 090	1 380	77	1 898

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 12. 1971

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

4) reine Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30. September 1971			Offene Stellen am 29.2. 1972 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 31.1. 1972 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im Februar 1972			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3.12.1971	Rindvieh am 3.12.1971	
		VZ 1961	VZ 1970							insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %									
Schleswig-Holstein	2 541	+ 10	+ 2	18	31	174	91,7	12,6	1 667	1 364	477
Hamburg	1 786	- 3	- 0	19	66	1	93,0	10,0	16	16	4
Niedersachsen	7 177	+ 8	+ 1	48	130	353	89,5	12,3	5 906	2 708	992
Bremen	726	+ 3	+ 0	7	18	2	78,8	12,9	8	16	5
Nordrhein-Westfalen	17 111	+ 8	+ 1	136	623	231	90,5	11,3	4 199	1 839	702
Hessen	5 484	+ 14	+ 2	49	264	99	81,2	10,3	1 393	883	334
Rheinland-Pfalz	3 679	+ 8	+ 1	24	69	73	79,3	9,9	741	686	252
Baden-Württemberg	9 048	+ 17	+ 2	91	516	187	77,1	9,0	2 107	1 788	718
Bayern	10 674	+ 12	+ 2	89	340	505	80,7	9,1	3 860	4 264	1 901
Saarland	1 123	+ 5	+ 0	4	28	8	79,4	10,2	78	73	28
Berlin (West)	2 087	- 5	- 2	17	76	0	24,1	14,6	9	2	1
Bundesgebiet	61 435	+ 9	+ 1	502	2 159	1 634	84,7	10,4	19 985	13 638	5 414

Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Dezember 1971			
	Beschäftigte am 31.1.1972		Umsatz ²⁾ im Januar 1972		Produktionsindex ³⁾ 1962=100 im Januar 1972	Beschäftigte am 31.12.1971		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Mill. DM	Auslandsumsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
	Schleswig-Holstein	187	73	1 043	12	152	82	24	2 659	10,5	16 212
Hamburg	200	112	1 614	15	120	44	25	1 280	7,2	5 819	32,6
Niedersachsen	778	108	4 123	21	135	173	24	5 104	7,1	27 361	38,1
Bremen	100	138	687	12	.	22	30	678	9,3	842	11,6
Nordrhein-Westfalen	2 627	154	14 644	20	138	381	22	16 866	9,9	57 721	33,7
Hessen	737	134	3 528	21	151	140	26	5 320	9,7	20 096	36,6
Rheinland-Pfalz	403	110	2 419	21	212	86	23	1 456	4,0	13 051	35,5
Baden-Württemberg	1 561	172	7 226	20	159	231	26	9 990	11,0	28 189	31,2
Bayern	1 361	127	6 455	19	154	285	28	9 222	8,6	42 772	40,1
Saarland	171	152	674	29	.	22	20	568	5,1	2 380	21,2
Berlin (West)	241	116	1 231	10	139	43	21	1 593	7,6	5 265	25,3
Bundesgebiet	8 365	136	43 644	19	150	1 500	24	54 736	8,9	219 728	35,8

Land	Straßenverkehrsunfälle ⁴⁾ mit Personenschaden im Januar 1972				Bestand an Sparanlagen ⁵⁾ am 31.12. 1971 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen			*Bruttoinlandsprodukt 1971 ⁶⁾	
	Unfälle	Getötete	Verletzte	Verunglückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden	Mrd. DM	Anteil des produzierenden Gewerbes ⁷⁾ in %
						in DM je Einwohner				
Schleswig-Holstein	1 196	73	1 592	139	2 556	224	298	...	25,1	50,6
Hamburg	921	38	1 232	138	4 866	401	1 800	...	36,2	41,1
Niedersachsen	2 808	212	3 945	148	3 127	240	260	...	78,4	58,2
Bremen	265	7	319	123	3 696	287	1 116	...	11,8	49,4
Nordrhein-Westfalen	7 246	338	9 865	141	3 653	269	421	...	212,5	57,6
Hessen	2 291	122	3 305	150	4 007	281	419	...	69,0	52,3
Rheinland-Pfalz	1 529	69	2 279	154	3 266	231	317	...	42,8	60,1
Baden-Württemberg	3 415	203	4 933	150	3 791	287	437	...	115,3	61,7
Bayern	3 860	220	5 639	152	3 772	253	338	...	128,0	59,3
Saarland	469	17	682	149	3 002	233	281	...	12,0	56,7
Berlin (West)	993	31	1 222	126	3 036	206	632	...	27,9	53,2
Bundesgebiet	24 993	1 330	35 013	145	3 599	264	434	...	756,9	56,9

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

5) ohne Postspareinlagen

4) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

6) erste vorläufige Ergebnisse

7) einschließlich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei

Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Fläche am 31.12.1971 in qkm	Gemeinden am 31.12.1971	Bevölkerung am 31.12.1971			Eheschließungen 1971		Lebendgeborene 1971	
			insgesamt	männlich	Einwohner je qkm	Anzahl	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLENSBURG	51,0	1	94 975	44 063	1 863	760	8,0	1 236	13,0
KIEL	110,0	1	269 437	126 968	2 449	2 053	7,6	3 118	11,5
LÜBECK	214,0	1	239 761	111 154	1 121	1 789	7,5	2 948	12,3
NEUMÜNSTER	71,6	1	86 311	40 756	1 206	644	7,5	1 143	13,3
Dithmarschen	1 381,1	135	133 681	63 536	97	947	7,1	1 892	14,1
Flensburg-Land	1 022,5	75	73 826	36 655	72	515	7,1	1 086	14,9
Hzgt. Lauenburg	1 264,3	134	145 468	70 168	115	955	6,6	1 923	13,3
Nordfriesland	2 023,9	162	159 894	77 214	79	1 156	7,2	2 210	13,9
Ostholstein	1 390,1	43	181 757	86 256	131	1 239	6,9	2 420	13,4
Pinneberg	661,8	51	246 536	118 937	373	1 579	6,5	3 221	13,2
Plön	1 081,2	89	109 675	53 442	101	826	7,6	1 459	13,4
Rendsburg-Eckernförde	2 185,6	174	228 225	110 486	104	1 537	6,8	3 089	13,7
Schleswig	1 053,7	91	101 051	49 210	96	685	6,8	1 347	13,4
Segeberg	1 344,3	101	175 884	85 138	131	1 063	6,2	2 715	15,8
Steinburg	1 056,4	117	133 227	63 742	126	904	6,8	1 751	13,2
Stormarn	766,3	87	163 528	78 747	213	1 026	6,4	1 965	12,2
Schleswig-Holstein	15 677,6	1 263	2 543 236	1 216 472	162	17 676	7,0	33 523	13,3

KREISFREIE STADT Kreis	Gestorbene (ohne Totgeborene) 1971		Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Über die Kreisgrenze		Wanderungs- gewinn (+) oder -verlust (-)	Gesundheitswesen			
							Ärzte ¹⁾		Zahnärzte, Dentisten und sonstige Zahn- behandler ¹⁾	
	Anzahl	je 1 000 Einwohner		Zugezogene 1971	Fortgezogene 1971		insgesamt	darunter ausschl. frei- praktizierende		am 31.12.1970
FLENSBURG	1 314	13,8	- 78	7 977	8 279	- 302	214	123	66	
KIEL	3 812	14,1	- 694	16 578	17 489	- 911	776	292	259	
LÜBECK	3 327	13,9	- 379	12 944	12 759	+ 185	551	259	165	
NEUMÜNSTER	1 131	13,1	+ 12	4 592	4 426	+ 166	156	85	46	
Dithmarschen	1 806	13,5	+ 86	5 873	6 210	- 337	184	133	66	
Flensburg-Land	810	11,1	+ 276	6 027	4 863	+ 1 164	38	31	29	
Hzgt. Lauenburg	1 913	13,2	+ 10	9 864	7 674	+ 2 190	157	95	56	
Nordfriesland	1 761	11,0	+ 449	12 107	10 085	+ 2 022	215	124	69	
Ostholstein	2 362	13,1	+ 58	15 552	11 633	+ 3 919	260	142	91	
Pinneberg	2 593	10,6	+ 628	20 537	15 129	+ 5 408	284	180	117	
Plön	1 367	12,6	+ 92	9 016	7 146	+ 1 870	96	67	49	
Rendsburg-Eckernförde	2 653	11,7	+ 436	15 226	12 513	+ 2 713	224	143	93	
Schleswig	1 357	13,5	- 10	6 857	5 928	+ 929	181	78	43	
Segeberg	1 972	11,5	+ 743	16 768	9 848	+ 6 920	174	98	64	
Steinburg	1 918	14,5	- 167	7 784	6 940	+ 844	147	87	70	
Stormarn	1 855	11,5	+ 110	14 020	9 744	+ 4 276	169	108	63	
Schleswig-Holstein	31 951	12,6	+ 1 572	181 722	150 666	+ 31 056	3 826	2 045	1 346	

1) ohne Bundesgrenzschutz und Landespolizei

noch: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Viehbestand am 3. Dezember 1971					Milcherzeugung im Jahre 1971		Jahres- milch- leistung 1971 in kg je Kuh	
	Rindvieh		Schweine		Legehennen (einschl. Küken)	Schlacht- und Masthühner (einschl. Küken)	1 000 t		darunter an Meiereien geliefert in %
	insgesamt	darunter Milchkühe ¹⁾	insgesamt	darunter Zuchtsauen					
*	*	*	*	*	*	*	*	*	
FLENSBURG	1 202	329	1 007	39	18 117	65	-	-	-
KIEL	3 195	1 099	1 864	100	26 426	125	-	-	-
LÜBECK	5 515	2 076	11 397	1 577	58 269	1 543	-	-	-
NEUMÜNSTER	3 187	1 277	4 470	357	15 597	259	-	-	-
Dithmarschen	159 337	41 359	135 933	16 760	341 400	259 353	158	92,2	3 762
Flensburg-Land	116 471	41 757	147 523	10 664	127 348	32 561	193	92,5	4 523
Hzgt. Lauenburg	60 933	22 764	129 213	13 708	334 364	22 906	94	95,6	4 047
Nordfriesland	217 812	69 739	149 583	17 914	155 200	1 884	289	92,9	4 154
Ostholstein	66 796	26 043	121 601	12 834	487 745	60 304	141	89,9	4 771
Pinneberg	62 133	21 137	55 729	5 668	219 052	51 462	92	95,3	4 360
Plön	71 151	28 039	91 278	10 905	382 888	163 068	147	86,7	4 633
Rendsburg-Eckernförde	196 526	73 117	216 585	22 006	410 317	75 814	315	91,5	4 239
Schleswig	109 975	40 597	164 589	13 755	129 099	9 962	175	93,6	4 221
Segeberg	111 145	43 070	186 515	17 441	631 809	235 047	204	92,1	4 622
Steinburg	128 003	43 466	148 326	13 085	268 746	134 804	183	88,3	4 199
Stormarn	50 434	21 372	101 810	12 617	240 322	23 259	94	96,0	4 282
Schleswig-Holstein	1 363 815	477 241	1 667 223	169 430	3 826 699	1 072 416	2 085	91,9	4 297

KREISFREIE STADT Kreis	Wirtschaftsfläche 1971			Landwirtschaftliche genutzte Fläche 1971			Getreide- ernte (ohne Körnermais) 1971 1 000 t	Kartoffel- ernte 1971 1 000 t	
	insgesamt in ha	darunter in %		insgesamt in ha	darunter in %				
		landwirt- schaftlich genutzte Fläche	Waldfläche		Getreidebau	Hackfrucht- bau ²⁾			Futterbau ³⁾
*	*	*	*	*	*	*	*	*	
FLENSBURG	5 737	30,1	8,3	1 726	27,6	4,3	50,9	2	.
KIEL	11 543	34,9	6,2	4 024	32,7	4,2	35,6	6	1
LÜBECK	21 487	34,4	11,2	7 384	40,8	12,8	34,3	12	6
NEUMÜNSTER	7 195	57,2	7,3	4 112	35,5	7,6	38,6	5	3
Dithmarschen	138 801	81,4	2,8	113 050	29,6	9,2	58,1	141	16
Flensburg-Land	102 623	79,4	5,3	81 447	43,7	7,3	45,8	128	25
Hzgt. Lauenburg	126 167	60,8	23,8	76 719	45,4	8,4	33,1	134	53
Nordfriesland	203 092	81,1	3,1	164 644	27,8	3,4	66,2	183	17
Ostholstein	139 343	75,7	8,2	105 531	47,4	4,2	27,5	239	13
Pinneberg	66 504	67,9	5,1	45 153	22,4	4,7	57,4	35	12
Plön	109 808	68,7	10,1	75 409	46,0	4,3	36,1	153	9
Rendsburg-Eckernförde	216 187	74,6	9,7	161 230	38,7	6,9	48,8	235	55
Schleswig	106 414	78,7	4,7	83 710	41,2	6,3	49,8	126	21
Segeberg	134 751	71,3	13,9	96 052	39,1	7,0	47,9	134	38
Steinburg	105 265	73,7	7,8	77 598	23,9	6,1	65,8	69	35
Stormarn	75 502	72,3	10,6	54 592	44,0	6,4	39,3	95	18
Schleswig-Holstein	1 570 419	73,4	8,7	1 152 381	37,1	6,2	49,0	1 698	322

1) ohne Ammen- und Mutterkühe

2) einschließlich Gemüse und anderer Gartengewächse; ohne Rüben zur Samengewinnung

3) Dauergrünland, Futterpflanzen auf dem Acker

noch: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

		Betriebsgrößenstruktur 1971							
KREISFREIE STADT									
Kreis	landwirtschaftliche Betriebe ¹⁾ mit ... bis unter ... ha landw. genutzter Fläche								
	2 - 5	5 - 10	10 - 15	15 - 20	20 - 30	30 - 50	50 und mehr	zusammen	
FLENSBURG	14	5	2	2	10	6	5	44	
KIEL	25	18	9	7	11	21	20	111	
LÜBECK	57	47	18	13	31	28	51	245	
NEUMÜNSTER	12	19	7	11	15	23	26	113	
Dithmarschen	445	393	336	427	902	1 033	463	3 999	
Flensburg-Land	272	255	232	288	725	763	307	2 842	
Hzgt. Lauenburg	235	160	139	225	404	621	352	2 136	
Nordfriesland	755	692	519	601	1 331	1 507	592	5 997	
Ostholstein	307	167	138	178	394	561	668	2 413	
Pinneberg	441	312	220	217	421	396	94	2 101	
Plön	296	158	150	230	544	481	279	2 138	
Rendsburg-Eckernförde	451	409	406	542	1 148	1 245	707	4 908	
Schleswig	349	324	275	336	657	765	334	3 040	
Segeberg	320	254	235	293	711	784	420	3 017	
Steinburg	290	241	249	319	725	794	246	2 864	
Stormarn	197	154	102	164	347	412	256	1 632	
Schleswig-Holstein	4 466	3 608	3 037	3 853	8 376	9 440	4 820	37 600	

		Schüler im Herbst 1971 in					Wohnungsbestand am 31.12.1971		Fertiggestellte Wohngebäude 1971	
KREISFREIE STADT						darunter in				
Kreis	Vorklassen	Grund-, Haupt- und Sonder- schulen	Real- schulen 2)	Gymnasien 3)	berufs- bildenden schulen 4)	Fach- gymnasien und Fach- oberschulen	Wohn- gebäude	Wohnungen in Wohn- und Nichtwohn- gebäuden	insgesamt	darunter Gebäude mit 1 und 2 Wohnungen
FLENSBURG	-	9 113	2 367	3 849	6 107	369	10 339	37 279	201	131
KIEL	376	21 974	5 417	8 261	12 899	887	25 675	103 724	284	219
LÜBECK	88	21 969	4 791	5 173	11 272	549	33 019	95 148	375	289
NEUMÜNSTER	100	8 763	2 019	2 451	4 418	262	13 176	32 382	296	249
Dithmarschen	267	14 671	3 764	2 765	5 019	146	32 971	46 940	505	468
Flensburg-Land	321	9 703	537	-	811	25	16 079	23 664	452	441
Hzgt. Lauenburg	127	15 137	3 185	2 688	2 805	170	28 801	52 093	776	723
Nordfriesland	238	18 923	4 323	3 737	5 486	149	38 114	58 410	899	765
Ostholstein	70	18 195	4 145	4 035	4 067	202	35 669	67 726	794	673
Pinneberg	256	24 537	5 025	5 516	5 066	103	41 749	87 343	1 434	1 266
Plön	299	12 051	2 188	1 840	1 866	60	22 166	37 673	572	511
Rendsburg-Eckernförde	332	25 054	5 512	3 336	5 775	49	45 383	77 864	1 097	1 007
Schleswig	340	11 544	2 511	2 293	2 827	73	20 155	33 247	402	371
Segeberg	259	19 284	3 985	3 821	2 998	113	32 622	58 327	1 091	972
Steinburg	214	14 025	3 070	2 527	4 114	52	27 033	47 671	504	464
Stormarn	209	16 155	3 544	3 327	2 878	136	31 028	56 694	993	889
Schleswig-Holstein	3 496	261 098	56 383	55 619	p 78 408	p 3 345	453 979	916 185	10 675	9 438

1) Betriebe, bei denen das Schwergewicht der Produktion auf landwirtschaftlichen Erzeugnissen liegt

2) einschließlich Realschulzüge, ohne Abendrealschulen

3) ohne Abendgymnasien und Institute zur Erlangung der Hochschulreife

4) ohne Berufsaufbau(Teilzeit)schulen

noch: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Fertiggestellte Wohnungen ¹⁾ 1971								Fertig- gestellte Wohnräume 1)2) 1971
	insgesamt	und zwar		von den Wohnungen hatten ... Wohnräume mit 6 oder mehr qm einschließlich Küchen					
		in Gebäuden mit 1 und 2 Wohnungen	öffentlich voll- und teilgefördert	1 und 2	3	4	5	6 und mehr	
FLENSBURG	918	146	357	126	148	344	201	99	3 733
KIEL	1 081	241	353	97	170	369	271	174	4 743
LÜBECK	1 447	349	540	206	196	567	321	157	5 842
NEUMÜNSTER	882	281	149	98	138	287	226	133	3 705
Dithmarschen	923	496	204	109	154	256	196	208	4 171
Flensburg-Land	697	491	139	40	87	160	197	213	3 500
Hzgt. Lauenburg	1 453	820	330	78	236	405	373	361	6 858
Nordfriesland	2 330	882	112	783	380	343	452	372	8 917
Ostholstein	3 393	796	230	1 610	519	576	321	367	10 273
Pinneberg	3 808	1 376	354	657	427	1 138	999	587	15 904
Plön	1 503	578	228	308	204	413	288	290	6 246
Rendsburg-Eckernförde	2 367	1 113	359	119	256	673	710	609	11 338
Schleswig	742	409	181	31	86	201	194	230	3 605
Segeberg	3 430	1 037	478	339	457	1 453	698	483	14 698
Steinburg	978	517	288	33	154	301	266	224	4 538
Stormarn	2 324	1 017	288	225	342	736	550	471	10 442
Schleswig-Holstein	28 276	10 549	4 590	4 859	3 954	8 222	6 263	4 978	118 513

KREISFREIE STADT Kreis	Bauüberhang am 31. 12. 1971		Straßen (ohne Gemeindestraßen) am 1. 1. 1972				
	Wohnungen		Bundes- autobahnen	Bundesstraßen	Landesstraßen	Kreisstraßen	zusammen
	unter Dach und noch nicht unter Dach 3)	noch nicht begonnen	Länge in km (einschließlich Ortsdurchfahrten)				
FLENSBURG	763	127	8	16	17	32	73
KIEL	3 186	281	2	44	7	63	117
LÜBECK	1 983	517	12	41	20	77	150
NEUMÜNSTER	1 070	247	3	24	14	24	64
Dithmarschen	1 231	161	-	148	365	320	833
Flensburg-Land	831	309	1	95	295	284	675
Hzgt. Lauenburg	2 859	452	-	157	274	270	700
Nordfriesland	2 619	417	-	166	618	539	1 324
Ostholstein	2 461	762	16	201	290	154	661
Pinneberg	3 674	900	10	74	191	61	335
Plön	1 649	681	-	147	156	179	482
Rendsburg-Eckernförde	4 900	613	23	287	394	402	1 106
Schleswig	1 016	93	-	111	226	250	586
Segeberg	4 307	931	35	208	288	357	888
Steinburg	1 189	427	-	165	251	204	620
Stormarn	2 664	852	48	112	202	237	598
Schleswig-Holstein	36 402	7 770	157	1 997	3 608	3 452	9 214

1) in Wohn- und Nichtwohngebäuden

2) mit 6 oder mehr qm einschließlich Küchen

3) einschließlich bezogener Wohnungen in noch nicht fertiggestellten Gebäuden

noch: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Kraftfahrzeugbestand am 1. Juli 1971				Straßenverkehrsunfälle 1971		
	insgesamt	darunter			Personen- kraftwagen 1) je 1 000 Einwohner	Unfälle mit Personen- schaden	verunglückte Personen (Getötete und Verletzte)
		Personen- kraftwagen 1)	Lastkraftwagen	Zugmaschinen 2)			
	*	*	*	*	*	*	*
FLensburg	24 515	22 196	1 704	133	233	553	717
KIEL	71 394	64 497	4 657	450	238	1 541	2 025
LÜBECK	58 384	51 948	4 240	766	216	1 556	1 992
NEUMÜNSTER	23 313	20 716	1 675	412	240	607	843
Dithmarschen	42 549	32 565	2 333	6 888	244	909	1 291
Flensburg-Land	26 537	20 252	1 084	4 675	278	479	722
Hzgt. Lauenburg	42 226	34 899	1 946	4 501	241	935	1 313
Nordfriesland	51 918	40 468	2 909	7 531	253	1 169	1 733
Ostholstein	53 914	43 741	2 876	5 942	242	1 319	1 957
Pinneberg	71 186	61 650	4 556	3 924	252	1 595	2 211
Plön	35 411	28 293	1 689	4 748	260	827	1 235
Rendsburg-Eckernförde	68 912	54 776	3 535	9 288	242	1 681	2 522
Schleswig	32 183	24 849	1 532	5 165	247	581	918
Segeberg	61 383	50 500	3 564	6 336	294	1 358	2 048
Steinburg	39 989	31 735	2 399	4 945	239	894	1 264
Stormarn	49 889	42 651	2 870	3 504	264	1 229	1 792
Schleswig-Holstein	753 703	625 736	43 569	69 208	247	17 233	24 583

KREISFREIE STADT Kreis	Bruttoausgaben der Sozialhilfe 1970				Empfänger ³⁾ von Sozialhilfe 1970		
	Hilfe zum Lebens- unterhalt	Hilfe in besonderen Lebenslagen	insgesamt	DM je Einwohner	im Laufe des Jahres	Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Anstalten am 31. Dezember 1970	
						insgesamt	je 1 000 Einwohner
	1 000 DM						
	*	*	*	*	*	*	*
FLensburg	3 426	2 984	6 410	66,35	3 452	1 504	15,6
KIEL	7 694	7 960	15 654	56,80	10 552	3 932	14,3
LÜBECK	7 738	8 950	16 687	68,72	10 178	3 567	14,7
NEUMÜNSTER	1 910	2 087	3 997	47,14	3 085	981	11,6
Dithmarschen	2 349	2 130	4 478	33,02	2 857	1 186	8,7
Flensburg-Land	1 039	1 472	2 511	33,12	1 938	685	9,0
Hzgt. Lauenburg	2 355	3 177	5 531	37,78	3 932	1 259	8,6
Nordfriesland	2 571	2 660	5 231	31,40	3 237	1 284	7,7
Ostholstein	3 134	4 824	7 958	41,83	3 688	1 162	6,1
Pinneberg	3 094	5 846	8 940	35,72	5 165	1 596	6,4
Plön	1 554	2 329	3 883	35,37	2 592	874	8,0
Rendsburg-Eckernförde	4 017	4 984	9 001	39,12	5 756	2 022	8,8
Schleswig	1 688	1 896	3 583	35,26	2 025	737	7,3
Segeberg	2 085	3 016	5 101	29,37	3 074	992	5,7
Steinburg	2 689	3 363	6 052	44,27	3 738	1 223	8,9
Stormarn	1 902	3 214	5 116	30,84	3 127	925	5,6
Landesbehörden	34	38 274	38 308	14,83	576	-	-
Schleswig-Holstein	49 276	99 164	148 440	57,48	68 974	23 929	9,3

1) einschließlich Kombinationskraftwagen

2) zulassungspflichtige

3) ohne Nichtseßhafte und ohne solche, die nur einmalige Hilfe zum Lebensunterhalt bekamen

Schluß: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis		Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände											
		Steuereinnahmen ¹⁾ 1971											
		Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt (netto)		Gemeinden								Lohn- summen- steuer	Gemeinde- anteil an der Einkommen- steuer 1)
				zusammen (netto)		Grund- steuer A 2)	Grund- steuer B 3)	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ⁴⁾			Netto- einnahmen		
1 000 DM	DM je Einw. a)	1 000 DM	DM je Einw. a)	Brutto- einnahmen	Gewerbe- steuer- umlage 1)			1 000 DM					
FLENSBURG	31 707	333	31 707	333	32	3 911	18 439	9 780	8 659	-	16 897		
KIEL	111 663	412	111 663	412	104	12 845	47 673	23 802	23 871	18 839	49 901		
LÜBECK	101 773	424	101 773	424	266	12 943	42 593	22 799	19 793	20 791	41 655		
NEUMÜNSTER	30 778	357	30 778	357	- 392	3 957	13 361	6 534	6 828	4 783	13 790		
Dithmarschen	32 268	242	30 595	229	3 046	4 224	15 559	7 520	8 040	-	14 899		
Flensburg-Land	12 795	176	12 141	167	1 739	1 220	5 424	2 574	2 849	-	6 157		
Hzgt. Lauenburg	36 103	250	34 297	237	1 889	4 298	15 313	7 608	7 705	917	19 024		
Nordfriesland	37 300	233	34 330	214	3 621	4 975	16 274	8 181	8 093	-	16 813		
Ostholstein	44 940	249	42 392	234	3 187	5 629	19 426	9 732	9 694	-	22 662		
Pinneberg	77 261	316	74 754	305	1 474	9 205	39 049	19 116	19 933	2 383	37 555		
Plön	23 629	217	22 294	205	2 341	2 661	7 326	3 626	3 700	632	12 472		
Rendsburg-Eckernförde	53 072	235	49 803	220	3 649	6 522	24 332	12 088	12 244	-	26 704		
Schleswig	23 289	231	21 909	217	1 701	2 887	10 770	4 921	5 849	-	10 994		
Segeberg	41 760	243	39 778	231	1 882	4 219	25 515	12 640	12 875	-	20 329		
Steinburg	35 331	266	34 071	257	1 961	4 348	18 734	9 342	9 392	571	17 482		
Stormarn	46 436	288	44 194	274	1 297	4 955	26 272	12 753	13 519	121	23 909		
Schleswig-Holstein	740 106	292	716 477	283	27 796	88 802	346 061	173 017	173 043	49 037	351 241		

KREISFREIE STADT Kreis		noch: Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände							
		Schulden ⁵⁾ am 31.12.1971 (ohne Kassenkredite)				hauptberuflich vollbeschäftigtes Personal ⁶⁾ am 2.10.1971			
		Gemeinden und Gemeindeverbände		Gemeinden einschl. Ämter		Gemeinden und Gemeindeverbände		Gemeinden einschl. Ämter	
		1 000 DM	DM je Einwohner	1 000 DM	DM je Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner b)	Anzahl	je 10 000 Einwohner b)
FLENSBURG	43 440	456	43 440	456	2 082	219	2 082	219	
KIEL	239 840	886	239 840	886	4 426	164	4 426	164	
LÜBECK	198 487	826	198 487	826	4 940	206	4 940	206	
NEUMÜNSTER	63 855	740	63 855	740	1 284	149	1 284	149	
Dithmarschen	78 045	583	63 670	476	1 471	110	642	48	
Flensburg-Land	29 354	400	23 771	324	301	41	151	21	
Hzgt. Lauenburg	60 494	417	56 453	389	1 281	88	905	82	
Nordfriesland	99 902	620	69 967	434	1 356	84	721	45	
Ostholstein	95 668	525	82 495	453	1 967	103	1 116	61	
Pinneberg	100 695	409	97 597	396	2 611	106	1 514	61	
Plön	87 418	300	80 958	741	855	78	445	41	
Rendsburg-Eckernförde	102 306	451	95 544	421	2 049	90	1 363	60	
Schleswig	37 643	373	31 990	317	698	69	408	40	
Segeberg	85 130	488	75 648	434	1 280	73	775	44	
Steinburg	71 375	537	62 243	469	1 329	100	942	71	
Stormarn	97 100	597	89 889	553	1 336	82	702	43	
Schleswig-Holstein	1 490 752	587	1 375 847	541	29 266	115	22 416	88	

1) kassenmäßige Einnahmen gemäß vierteljährlicher Finanzstatistik
 2) einschließlich Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten
 3) ohne Wirtschaftsunternehmen
 4) ohne Wirtschaftsunternehmen
 5) Bevölkerungsstand 30.6.1971

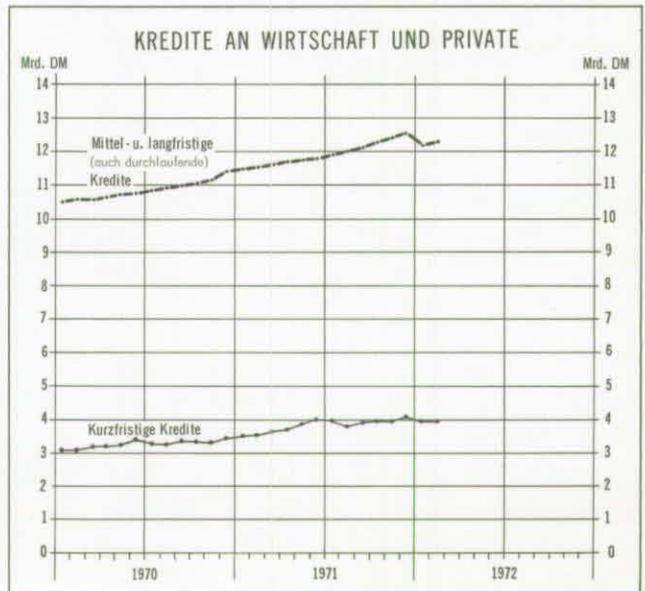
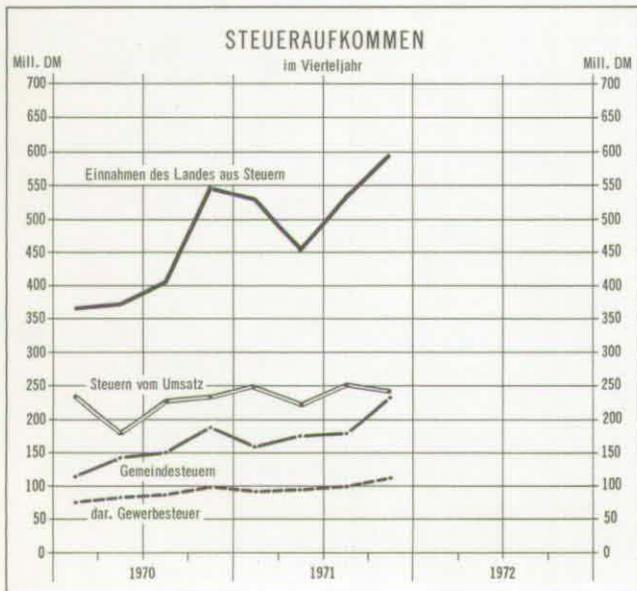
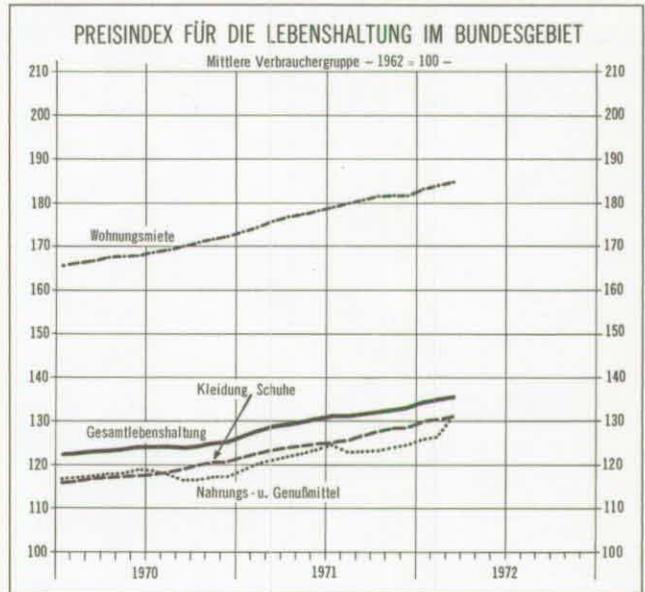
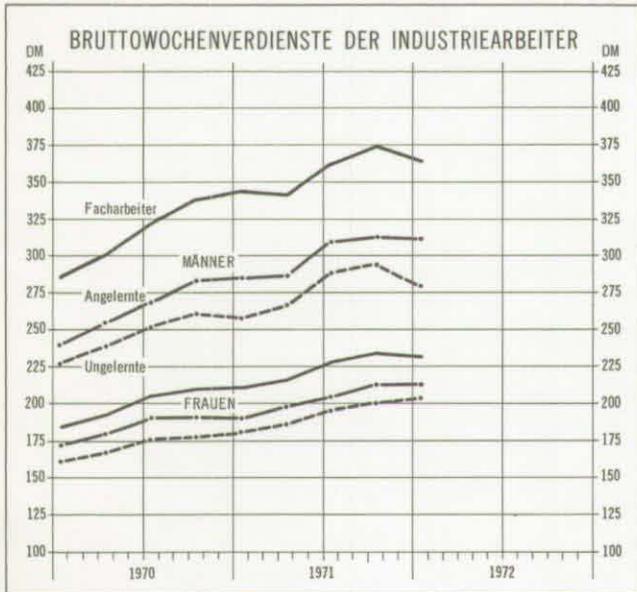
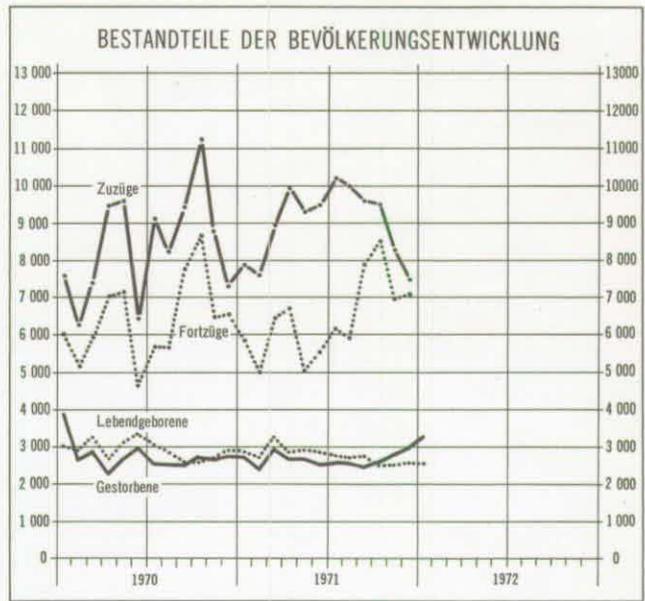
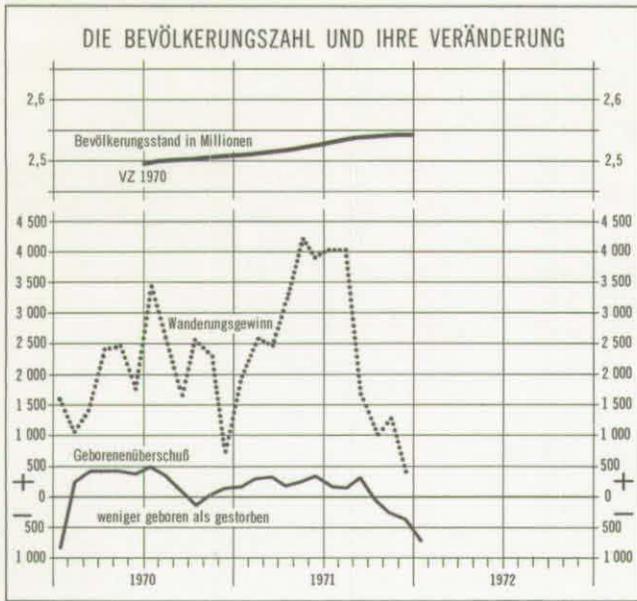
2) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen
 4) Gewerbesteuerausgleichszuschüsse abgeglichen
 6) ohne Wirtschaftsunternehmen und Sparkassen
 b) Bevölkerungsstand 30.9.1971

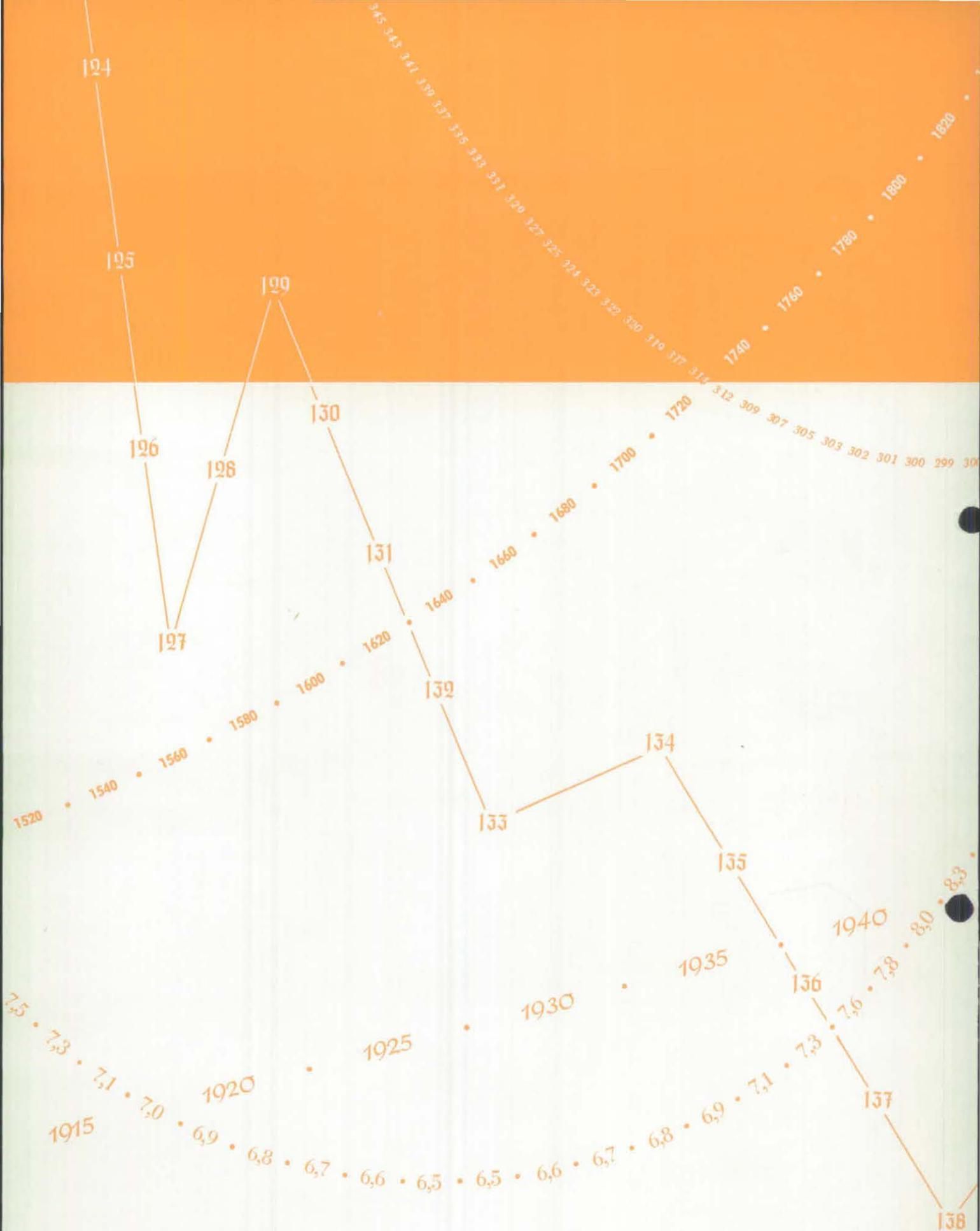
Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Gebiets- und Bevölkerungsstand	
Altersaufbau der Bevölkerung	1/10
Bevölkerungsentwicklung (Volkszählungen)	2/27
Bevölkerungsvorausschätzung (Teil 2)	1/22
Volkszählung und Fortschreibung	4/70
 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Gemüseanbau	3/65
Landwirtschaftliche Betriebe 1960 und 1971	1/2
 Landwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Wohnungen in Land und Bund	2/34
Wohnungsmieten	1/5
 Öffentliche Finanzen	
Personalstruktur öffentlicher Dienst (Teil 1)	3/57
Schichtung der Einkommensteuerpflichtigen	4/88
Umsätze 1970	3/50
 Versorgung und Verbrauch	
Essen außer Haus	1/17
Langlebige Gebrauchsgüter in den Haushalten	2/40
Vermögen der Haushalte	4/76

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauhauptgewerbe und Nahrungs- und Genußmittelindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korschey

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen